Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 34 (1987)
Heft: 3

Rubrik: Aktuell = Actualité = Attualità

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nach Tschernobyl und Schweizerhalle

Wir können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen

Ein richtig verstandener Schutz der Bevölkerung ist eine Daueraufgabe

Von Sebastian Leicht, Zürich

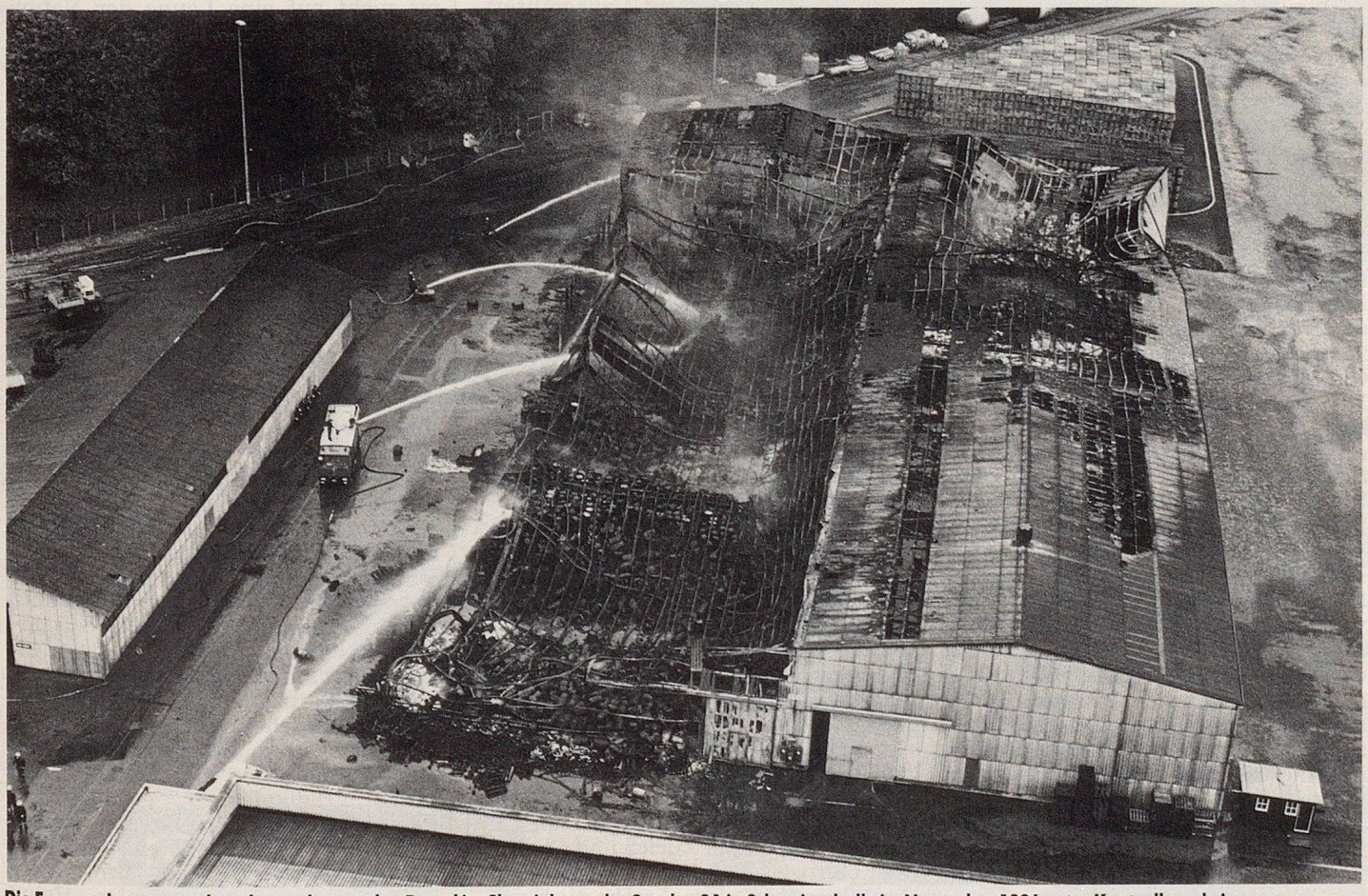
Der Mensch vergisst bekanntlich rasch. Das hat seine guten, leider aber auch seine fatalen Seiten. Gewiss, es gibt Ereignisse im persönlichen wie im öffentlichen Leben, deren Bedeutung wir vielleicht überschätzt haben und die wir deshalb getrost ad acta legen dürfen, zumal die Gegenwart ja ständig neue Anforderungen an uns stellt. Andererseits hat gerade das vergangene Jahr uns mit zwei Katastrophen konfrontiert, die wir nicht so rasch vergessen sollten, weil die Welt nach Tschernobyl und Schweizerhalle nicht mehr die gleiche ist wie vorher. Zwar sind wir noch einmal davongekommen, aber sowohl bei der Kernkraftwerk-Explosion in Russland wie beim Chemiebrand im eigenen Land handelte es sich nicht um Naturkatastrophen, sondern um den fahrlässigen Umgang mit moderner Technologie und entsprechend gravierende Folgen für die Umwelt. Konsequenzen übrigens, die weit über die jeweiligen Landesgrenzen hinaus heftig weiterwirkten.

Verständlicher Schock

Und wie das so üblich ist beim heutigen Medienrummel – das allgemeine Wehklagen und Jammern über vermeintlich unterlassene Katastrophenvorsorge war vor allem unmittelbar nach den beiden schweren Unglücken derart laut und undifferenziert, dass es trotz aller Gelassenheit fast unmöglich war, das verheerende Geschehen mit kühlem Kopf zu analysieren und Korrekturen im Massnahmenkatalog der Katastrophenhilfe im Inland vorzunehmen sowie die bereits bestehenden möglichen Unglückszenarien zu ergänzen und eben unsere Situation im Hinblick auf unvorhergesehene, nie ganz auszuschliessende Katastrophenereignisse zu überdenken. Nun, der verständliche Schock und die anschliessende Ratlosigkeit sind dem intensiven Nachdenken darüber gewichen, wie sich erstens einmal derartige «technologische Beben» vermeiden liessen und was sich zweitens für präventive Massnahmen aufdrängen, um im jederzeit möglichen Katastrophenfall besser gewappnet zu sein.

Unzulässiges Pauschalurteil

Wie bekannt, geriet in erster Linie der Zivilschutz ins Kreuzfeuer heftigster Kritik, wobei bezeichnenderweise jene Zeitgenossen am lautesten nach ihm schrien, die sich sonst nur lächerlich über ihn zu machen pflegen. Berufene und Unberufene deponierten sozusagen einen ganzen Korb voll berechtigter oder besser bedenkenswerter und vor allem unberechtigter Vorwürfe beim Eingang des Bundesamts für Zivilschutz. Dass es dem Zivilschutz das heisst seinen obersten Repräsentanten im ersten Moment die Sprache verschlug und sie sich in Schweigen hüllten, war gewiss keine Meisterleistung, was man inzwischen auch eingesehen hat. Den Zivilschutz auf seiner heuti-



Die Feuerwehren versuchen den verheerenden Brand im Chemielager der Sandoz SA in Schweizerhalle im November 1986 unter Kontrolle zu bringen.

gen Ausbaustufe aber als viel zu teuren, unbeweglichen und untauglichen Apparat zu bezeichnen, war und ist ein unzulässiges Pauschalurteil, das an Rufmord grenzt. Und es ist – und das muss in aller Deutlichkeit gesagt werden – auf eine laienhafte Einschätzung der Lage (sowohl nach Tschernobyl wie nach Schweizerhalle) als auch auf Unkenntnis der Einsatzmöglichkeiten des heutigen Zivilschutzes zurückzuführen.
Dabei ist fairerweise zu beachten, dass man einem Laien weiss Gott keinen Vorwurf machen kann, wenn er angesichts solcher Bedrohungen seinen Emotionen freien Lauf lässt. Im übrigen rächt sich halt im entscheidenden Moment eine mangelhafte Informationspolitik. Denn dass Bürgerinnen und Bürger oft wenig Interesse an Belangen des Zivilschutzes zeigen, ist unter anderem auch die Schuld der Schutzorganisation selbst, die es in der Propagierung ihrer Idee und ihres Wirkens in der Öffentlichkeit noch nicht zur Meisterschaft gebracht hat.

Ein Element zweiter Staffel

Der Zivilschutz ist in seiner heutigen Form – und das wissen leider nicht einmal alle, die in ihm Dienst tun, «ein Element zweiter Staffel» (Hans Mumenthaler), er muss zuerst aufgeboten werden, kann also nicht aus dem Stand eingesetzt werden, steht dann aber auch für eine längere Zeitspanne zur Verfügung, wenn er mobilisiert hat. Er tritt erst in Aktion (wie übrigens die Luftschutztruppen der Armee auch), wenn lebensbedrohende Gefahren auftauchen. Sowohl im Fall Tschernobyl wie im Fall Schweizerhalle war aber nach dem Urteil massgeblicher Fachleute wie etwa der Strahlenbiologin Prof. Dr. med. Hedi Fritz-Niggli oder von Divisionär Gustav Däniker, Unterstabschef in der Gruppe für Generalstabsdienste, um nur zwei Persönlichkeiten zu nennen, die Lage keineswegs so gefährlich, dass ein Schutzraumbezug hätte angeordnet werden müssen. Ob ein solcher Schutzraumbezug in Friedenszeiten ohne Schwierigkeiten – man denke nur an die verschiedenen erlaubten Nutzungsmöglichkeiten der Schutzräume oder auch an den Missbrauch, der teilweise mit diesen Räumlichkeiten getrieben wird, vom leider auch festgestellten Unfug ganz zu schweigen – bewerkstelligt werden könnte, ist eine ganz andere Frage, welche die massgeblichen Behörden in Bund, Kantonen und Gemeinden unbedingt beschäftigen sollte. Und es ist auch notwendig, sich an verantwortlicher Stelle Gedanken über die Sicherstellung einer raschen Alarmierung der Bevölkerung oder etwa über die Tauglichkeit der Schutzmasken- und Schutzraumfilter in bezug auf radioaktive Strahlung bei Kernkraftwerkunfällen und in bezug auf giftige Stoffe bei Chemieunfällen zu machen.

Man sollte vom Zivilschutz keine Wunder erwarten

Hingegen ist der Zivilschutz von Gesetzes wegen und von seiner ganzen Konzeption her kein Katastrophenhilfskorps im Inland. Sein Auftrag ist primär der Schutz der Zivilbevölkerung bei kriegerischen Ereignissen, und Konzept und Ausbildung sind Ausfluss dieser Einsatzdoktrin. Nun ist der Auftrag zur Hilfeleistung beim Katastrophenfall in Friedenszeiten im Gesetz zwar schon heute verankert, die entscheidende Frage aber ist, ob der Zivilschutz, so wie er heute operationell konzipiert ist, in ähnlichen Fällen wie Tschernobyl oder Schweizerhalle in genügendem Mass und vor allem rasch genug zu helfen imstande ist. Im Verhältnis zu einer auf unser Land zusteuernden, aus einem Kernkraftwerk stammenden radioaktiven Wolke ist eine Überschwemmung ja eine geradezu idyllische Angelegenheit. Kriegerische Katastrophen sind einigermassen berechenbar, zivile Katastrophen brechen oft aus heiterem Himmel über ein Land herein und sind von unterschiedlichstem Ausmass. Das macht es auch so schwierig, sich auf derartige Schadenereignisse vorzubereiten. Mit andern Worten: Man sollte vom Zivilschutz keine Wunder erwarten. So wie er konzipiert ist, kann er in bestimmten Fällen sinnvoll eingesetzt werden. Eine rasch mobilisierte Einsatztruppe wie zum Beispiel das kürzlich neu geschaffene Flughafenregiment 4 zur militärischen Abwehr sogenannter strategischer Überfälle ist er nicht.
Diese Feststellung soll und darf aber niemanden daran hindern, sich zu überlegen, ob und wie sich im Rahmen des Zivilschutzes eine oder mehrere Formationen bilden liessen, die bei Natur- und Zivilisationskatastrophen rasch und wirksam Hilfe leisten könnten.
In diesem Sinne hat sich in letzter Zeit vor allem in Zivilschutzkreisen, aber auch in anderen Gremien, die sich mit Katastrophenhilfe befassen, einiges an gedanklicher Arbeit getan, wobei man sich im klaren sein muss, dass eine grundsätzliche Änderung des Zivilschutzkonzepts vom Bund her abgesegnet werden müsste, also nun nicht einfach jeder Zivilschutz-Ortschef sein eigenes Katastrophenhilfskorps gründen kann.

Delegierter für Katastrophenhilfe im Inland?

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Postulat, das Anfang Januar am diesjährigen zweitägigen Blockkurs «Katastrophenmedizin» für Medizinstudenten, Zivilschutzärzte und weitere Interessenten erhoben wurde. Forderte doch Professor Rolf Lanz, Lehrbeauftragter für Katastrophenmedizin an der Universität Zürich und Chefarzt der chirurgischen Klinik am Regionalspital Herisau, einmal mehr die Ernennung eines Delegierten des Bundesrats für die Katastrophenhilfe im Inland, da die überregionale Koordination bei Katastrophen in der Schweiz nur mangelhaft spiele und die Organisation oft mit unnötiger Schwerfälligkeit behaftet sei. Das Beispiel der (damaligen) Situation des Chefs des Katastrophenhilfskorps für das Ausland, Eduard Blaser, beweise, so fügte Lanz maliziös hinzu, «dass klare und weitreichende Kompetenzen für eine rasche und zielstrebige Hilfeleistung absolute Bedingungen sind».
Beim gleichen Anlass unterstrich auch Professor Georg Hossli, Leiter des Instituts für Anästhesiologie der Universität Zürich und ebenfalls führender Katastrophenmediziner, dass in der Schweiz in erster Linie die zivilen Behörden der Kantone und Gemeinden für die Katastrophenhilfe und damit eben auch für die organisatorischen Vorbereitungen und die Koordination verantwortlich sind. Nur für spezielle Fälle können bekanntlich längerfristig Teile des Zivilschutzes oder (auf Anordnung der Bundesbehörden) auch der Armee eingesetzt werden.

Pro Woche eine Grosskatastrophe

Im übrigen muss noch darauf hingewiesen werden, dass die Weltgesundheitsorganisation heute pro Woche mit einer Grosskatastrophe von weltweitem Interesse irgendwo auf dem Erdball rechnet, wobei jedes fünfte Ereignis nicht auf eine Laune der Natur, sondern auf Verursachung durch Menschenhand zurückzuführen ist. Ein Grund mehr, sich Gedanken zu machen, welcher Art die Massnahmen sein sollen, die vorsorglich getroffen werden können und müssen.

Eher im Frieden als im Krieg?

So haben unlängst auf politischer Ebene die Freisinnigen eine parlamentarische Anfrage gestellt mit dem Ziel einer Änderung der Zivilschutzkonzeption im Sinne einer besseren Vorbereitung auf zivile Katastrophen. Und natürlich überlegen sich auch führende Angehörige des Zivilschutzkaders und Repräsentanten der Gesamtverteidigung, was für Konsequenzen aus Tschernobyl und Schweizerhalle zu ziehen wären. Der Basler Ortschef Bruno Leuenberger etwa ist der Meinung, mit kommunalem Zivilschutz sei zivilen Katastrophen nicht mehr beizukommen. Sein Fazit: Der Zivilschutz soll in regionalen Verbänden zusammengeschlossen werden. Ausserdem müssten rasch einsatzbereite Katastrophenhilfskorps gebildet werden. Auch der Rüstungschef der Armee, Felix M. Wittlin, sieht in der gemeindeweisen Organisation eine Schwäche. Einen noch radikaleren gedanklichen Schwenker hatte anlässlich seines Rücktritts Ende 1985 bereits der Zivilschutz-Ortschef der Stadt Bern, Nationalrat und Gemeinderat Dr. Heinz

Bratschi, vollzogen, als er ausführte: «Das Gefahrenpotential ist in Friedenszeiten so gross, dass wir schon bei einer mittleren Giftkatastrophe oder ähnlichen Ereignissen mit den bestehenden Feuerwehr- und Polizeikorps nicht durchkommen. Da wir diese Organisationen nicht endlos ausbauen können, müssen wir den Zivilschutz auf solche ausserordentliche Situationen vorbereiten.» Und er fügte provokativ bei: «Wer sagt uns schon, dass wir den Zivilschutz je im Krieg benötigen! Es könnte sehr wohl sein, dass wir den Zivilschutz in Friedenszeiten viel eher brauchen.»

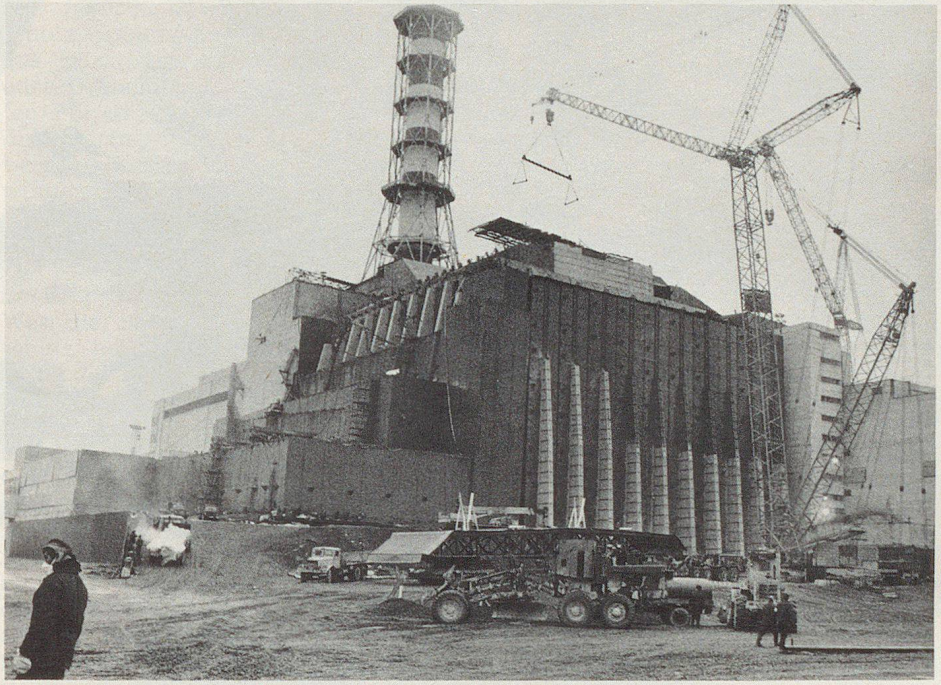
Grundsätzliche und nicht nur kosmetische Gesetzesänderungen

Ähnlich sieht es der Zürcher Stadtrat Hans Frick, der für die Zivilschutzorganisation der Limmatstadt politisch verantwortlich ist. Seiner Meinung nach sollte der Zivilschutz vermehrt zur Katastrophenhilfe herangezogen werden, nämlich immer dann, wenn die Mittel der Polizei, Feuerwehr und Sanität nicht mehr ausreichen. Unabdingbare Voraussetzungen seien aber rasche Bereitschaft und gründliche Vorbereitung auf den Einsatz bei Natur- und Zivilisationskatastrophen. Auf weitere wesentliche Punkte machte der Ortschef der Stadt Zürich, Willy Heeb, an einer Pressekonferenz im vergangenen Dezember aufmerksam. Die Strukturen des Zivilschutzes müssten sachlich und gründlich überprüft werden. Wenn nötig seien grundsätzliche und nicht nur kosmetische Gesetzesänderungen vorzunehmen. Vor allem aber müssten die Strukturen gestrafft und zentralisiert werden, heute hätten zuviele Stellen etwas zu sagen, was koordinierten Einsatz und Alarmierung erschwere. Franz Reist, der Vorsteher des Amtes für Zivilschutz des Kantons Bern, verlangt ebenfalls, den Zivilschutz in Zukunft auch auf Ersteinsatz und Hilfemassnahmen bei Katastrophen wie Tschernobyl auszurichten. Und er erinnert daran, dass die Voraussetzungen im Zivilschutz auch für einen solchen Katastrophenfall überall gegeben wären, wenn wir alle Massnahmen, welche uns aufgetragen worden sind, durchgesetzt und vollzogen hätten!

Umwandlung in eine Sofortorganisation unrealistisch

Demgegenüber gibt der Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz, Hans Mumenthaler, zu bedenken, dass eine Umwandlung des Zivilschutzes in eine Sofortorganisation unrealistisch sei. Er kann sich höchstens die Bildung von einigen Spezialistentrupps vorstellen, die auf Pikett stehen.

Was ist von all diesen in den verschiedensten Medien zum Ausdruck gebrachten Meinungen zu halten und wie soll es im Hinblick auf nie ganz auszuschliessende (zivile) Katastrophen beim Zivilschutz weitergehen?



Das Kernkraftwerk Tschernobyl vor der Katastrophe.

Politiker sind aufgerufen, Farbe zu bekennen

Tschernobyl wie Schweizerhalle nahmen glücklicherweise keine derartigen Dimensionen an, dass der Zivilschutz eine Bewährungsprobe hätte ablegen müssen. Denn ob er sie bestanden hätte, das wagt wohl niemand mit einem eindeutigen und klaren Ja zu beantworten. Und gerade deswegen müssen diese «Schüsse vor den Bug» als Signal verstanden werden, als Zeichen des Aufbruchs. Wir können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und uns mit dem Gedanken trösten, dass Katastrophen ja eigentlich selten seien und uns dann schon das Richtige einfalle. Gegen eine solche Vogel-Strauss-Mentalität muss man sich – wo immer sie auch auftrete – entschieden wehren. In erster Linie sind die Politiker aufgerufen, Farbe zu bekennen. Denn unsere gesamte Sicherheitspolitik wurde und wird ja vom Bundesrat und vom Parlament formuliert und beschlossen. Leider hört man aus diesen Kreisen nicht gerade umwerfend viel zu dieser brennenden Thematik, obwohl das Volk zurzeit dafür sensibilisiert wäre wie selten zuvor und obwohl in diesem Jahr Parlamentswahlen stattfinden. Mit einem überzeugten Eintreten für einen zeitgemässen Zivilschutz lassen sich offenbar keine Lorbeeren holen. Wenn die Politiker nicht handeln, besteht die Gefahr, dass alle die wichtigen Fragen in Gruppen und Grüppchen zerredet werden und schliesslich wenig bis gar nichts passiert. Denn eine Revision des Zivilschutzgesetzes kann wie gesagt nur das Parlament durchführen.

In absoluter Offenheit Bilanz ziehen

Aufgerufen sind aber auch die Zivilschutz-Fachleute in Bund, Kantonen und Gemeinden, die sich auch bereits da und dort, wie weiter oben beschrieben, zu Wort gemeldet haben. Ihr Auftrag ist im Moment ein doppelter: Sie müssen die Grundlagen für einen allfälligen politischen Entscheid erarbeiten, mögliche Alternativen aufzeigen und sich letzten Endes auf brauchbare Vorschläge einigen. Sie sollten darüber hinaus jetzt vermehrt und umfassend über Sinn und Zweck des Zivilschutzes, seine Einsatz- und Ausbaumöglichkeiten informieren und dabei Kritik nicht scheuen, die Auseinandersetzung mit dem Bürger aufnehmen und in absoluter Offenheit Bilanz ziehen. Denn die Bevölkerung sollte wieder Vertrauen in den Zivilschutz haben können; der Zivilschutz muss im Volk genau so zur Selbstverständlichkeit werden wie die Armee.

Katastrophenhilfe mit Freiwilligen?

Das heisst keineswegs, dass nun alles auf den Kopf gestellt werden muss. Hauptziel der Ausbildung muss die Kriegstüchtigkeit bleiben. Aber im Hinblick auf Natur- und Zivilisationskatastrophen in Friedenszeiten sollten Formationen gebildet werden, die ähnlich wie das Katastrophenhilfskorps für das Ausland, sozusagen auf Knopfdruck abrufbar und einsetzbar wären. Sie müssten voll ausgerüstet sein, vergleichbar einer Stützpunktfeuerwehr. Solche Einheiten liessen sich wohl nur aus Freiwilligen zusammensetzen, da die extrem kurzen Ausbildungszeiten der «normalen» Zivilschutz-Angehörigen eine zusätzliche Spezialisierung in ziviler Katastrophenhilfe schlicht nicht

zulassen. Bei Freiwilligen darf im übrigen ein überdurchschnittliches Engagement erwartet werden, sie sind ganz anders motiviert, was für ihren Einsatz entscheidend ist.

Kaderproblem neu überdenken

Vielleicht wäre auch zu prüfen, ob der Zivilschutz nicht doch militärischer organisiert und geführt werden müsste, ohne dadurch «militarisiert» zu werden; er ist ja nicht bewaffnet und braucht sich nicht mit Gefechtstechnik und dergleichen abzugeben. Man kann eine Organisation, die in extremen Situationen kaltblütig das Richtige tun sollte, nicht als Freizeit-Club aufziehen, in dem man je nach Stimmungslage aktiv mitmacht oder eben sich passiv treiben lässt. Es ist einer noch lange kein Militärkopf, wenn er sich einen Zivilschutz wünscht, der seine Aufgaben mit etwas mehr Disziplin und innerer Aufgeschlossenheit angeht. Man müsste den Mut haben, diese ganze Führungsproblematik – es wird ja beim Zivilschutz immer von einem Kaderproblem gesprochen – neu zu überdenken und allenfalls bei einer Gesetzesrevision konsequent zu lösen.

Warum nicht mehr Frauen?

Nicht zuletzt sollte das Thema «Frau und Zivilschutz» kein Tabu sein. Für ein Frauen-Obligatorium mag die Zeit noch nicht reif sein, obwohl gerade jene Frauen den besten Beweis für eine effiziente Mitarbeit erbringen, die freiwillig im Zivilschutz tätig sind. Aber es ist ein Jammer, dass allzuviele Zivilschutz-Organisationen dieses Potential aus Unwissenheit, Überheblichkeit oder Bequemlichkeit nicht ausschöpfen. Für eine sinnvolle Tätigkeit, allerdings nicht für einen programmierten Leerlauf, liessen sich viele Frauen gewinnen. Da liegt noch ein weites Feld der Betätigung für initiative Ortschefs brach.

Das Gespräch mit den Leuten suchen

Was die Propaganda für den Zivilschutz bei der Bevölkerung angeht, bietet die am 1. Januar in Kraft gesetzte Weisung, die Schutzräume innert zehn Jahren mit Liegestellen und Notaborten auszurüsten, die denkbar beste Gelegenheit, mit den Leuten ins Gespräch zu kommen, sie davon zu überzeugen, dass ein gut ausgebauter und funktionierender Zivilschutz zwar keine absolute Sicherheit garantiert, weder im Frieden noch im Krieg, dass er aber in der Lage ist, ein Überleben möglich zu machen, lähmende Resignation verhindern kann. Dazu braucht es allerdings Zivilschutz-Angehörige, die ihre Materie beherrschen und ihre Argumente überzeugend an den Mann oder die Frau zu bringen vermögen und die auch einmal zugeben können, dass der Zivilschutz wie alles Menschenwerk mit Mängeln behaftet ist, dass man aber deswegen nicht aufgeben darf, sondern sich gemeinsam um das Menschenmögliche bemühen muss in einem alten eidgenössischen Sinn: Einer für alle, alle für einen.

Offen für alle nur denkbaren Meinungen

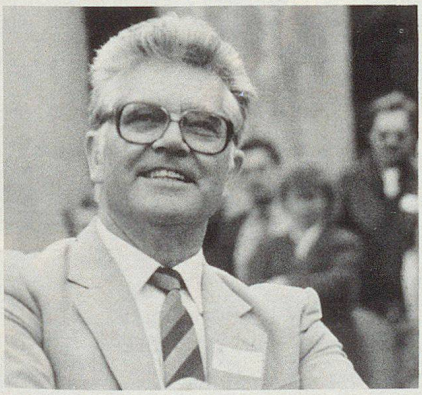
Wenn wir den Zivilschutz weiterentwickeln und verbessern, seine Konzeption und seine Strukturen neuen Bedrohungen anpassen wollen, brauchen wir Kreativität und Phantasie genau so wie Nüchternheit und diszipliniertes Denken. Nur wenn wir geduldig abwägen und offen sind für alle nur denkbaren Meinungen, wird es uns gelingen, auf dem richtigen Weg weiterzuschreiten, wobei wir uns hüten sollten, dass wir vor lauter Bäumen auf einmal den Wald nicht mehr sehen. Je einfacher das Konzept für eine Katastrophenhilfe ausfällt, desto besser. Einfache Strukturen, klare Kompetenzen, eine gute Ausbildung und sachkundige Führung, und nicht zuletzt der unbeugsame Wille von Kader und Mannschaft, zu schützen, zu retten und zu helfen so rasch und so gut wie nur möglich – unter solchen Voraussetzungen sollte eigentlich der Erfolg nicht ausbleiben.

Im Frieden wie im Krieg

Und in diesem Sinne sind wohl auch die Worte von Alt-Bundesrat Kurt Furgler aus dem Jahre 1982 zu verstehen, als er sagte: «Ein richtig verstandener Schutz der Bevölkerung ist bei bleibender Bedrohung, und davon müssen wir leider ausgehen, eine dauernde, nie abgeschlossene, stets zu überprüfende, aufgrund der Erkenntnisse anzupassende und zu verbessernde Aufgabe.» Und das gilt wohlverstanden im Frieden wie im Krieg. ▲

Trauer beim Zivilschutzverband des Kantons Zürich (ZSVKZ)

Willy Heeb tödlich verunglückt



Diese Aufnahme von Willy Heeb, sie entstand anlässlich der DV des SZSV 1986 in Andelfingen, charakterisiert den uns vom Tod so plötzlich Entrissenen: «Ein von Energie und Tatendrang beseelter Mitstreiter, mit dem klaren Blick voraus auf eine dem Zivilschutzwirken förderliche Zukunft.»

WM. Über die Medien mussten Vorstand und Mitglieder des ZSVKZ am 18. Februar die bestürzende Nachricht erfahren, dass der Stadtzürcher Zivilschutzchef Willy Heeb anlässlich seines Ferienaufenthaltes in Australien bei einem Busunglück den Tod fand. Der ZSVKZ trauert um sein im vergangenen Herbst neugewähltes Vorstandsmitglied, vor allem aber auch um einen seit vielen Jahren engagierten Mitstreiter im Dienste des Zivilschutzes.

Der am 17. April 1934 geborene Willy Heeb amtete von 1963 bis 1973 als Hauptlehrer an der Technischen Berufsschule in Zürich. Am 14. Dezember 1973 wurde er mit Stadtratsbeschluss zum Chef des Amtes für Zivilschutz und zum Ortschef der Stadt Zürich ernannt. Diese neue, verantwortungsvolle Aufgabe übernahm Willy Heeb am 1. Mai 1974, und von allem Anfang an engagierte er sich mit grossem Tatendrang und unermüdlichem Einsatz für den zweckmässigen Auf- und Ausbau des Zivilschutzes in der grössten Schweizer Stadt. Seine Energie und sein fachliches Wissen wurden bald auch ausserhalb des Kantons geschätzt, so etwa im Zivilschutz-Fachverband der Städte, wo Willy Heeb seit Jahren aktiv mitarbeitete.

Der so plötzlich vom Tod ereilte Zürcher Ortschef hinterlässt auch im ZSVKZ eine schmerzliche Lücke. Seit vielen Jahren durfte der Zürcher Kantonalverband auf die Unterstützung von Willy Heeb in vielfältiger Weise zählen. Der Stadtzürcher Zivilschutzchef wusste um die Bedeutung des ausserdienstlichen Wirkens und stand den ZSVKZ-Weiterbildungsbemühungen förderlich zur Seite. Von 1983 bis zu seiner Wahl in den Kantonalvorstand im vergangenen Herbst wirkte Willy Heeb im Vorstand der Fachgruppe Zivilschutzstellenleiter und war damit auch an der Realisierung des nunmehr fertiggestellten «Handbuchs für die Zivilschutzstellen» beteiligt. In der kurzen Zeit seines Wirkens im ZSVKZ-Vorstand hat sich Willy Heeb bereits sehr stark in der Werbekommission engagiert. Nach dem so plötzlichen Unfalltod verlieren wir einen geschätzten Vorstandskollegen; wir im ZSVKZ, unsere Kollegen im Ortschefverband und der Schweizer Zivilschutz generell verlieren einen fachlich versierten Mitkämpfer an der Zivilschutz-Profilierungsfront. Ein würdiges Andenken werden wir an Willy Heeb bewahren, seine grossen Leistungen im und für den Zivilschutz in Erinnerung behalten, als Ansporn zu unserem künftigen Tun.

Ce rapport sera publié en français dans un de nos prochains numéros

Dopo Cernobyl e Schweizerhalle

Non possiamo senz'altro passare oltre

Una protezione della popolazione giustamente intesa è un compito costante

di Sebastian Leicht, Zurigo

È risaputo che l'essere umano dimentica presto. E questo ha aspetti buoni, ma anche aspetti tragici. Certo, vi sono avvenimenti nella vita privata e in quella pubblica che a volte forse sopravvalutiamo e che quindi possiamo tranquillamente mettere nel dimenticatoio, considerato che il presente ci pone continuamente nuove esigenze. D'altro canto, proprio l'anno trascorso ci ha confrontati con due catastrofi che non dovremmo dimenticare tanto presto, poichè il mondo non sarà più lo stesso dopo Cernobyl e dopo Schweizerhalle. Ce la siamo cavata ancora una volta per il rotto della cuffia, tuttavia sia nel caso dell'esplosione della centrale nucleare sovietica, sia in quello dell'incendio della fabbrica chimica nel nostro Paese, non s'è trattato di catastrofi naturali, bensì di negligenza nella manipolazione di tecnologie moderne, con le relative gravi conseguenze per l'ambiente. Conseguenze che, inoltre, hanno continuato ad esplicare i loro violenti effetti anche ben oltre le frontiere nazionali.

Come si ricorderà, è stata la protezione civile a entrare per prima nel mirino delle più aspre critiche ed è sintomatico che furono proprio coloro che altrimenti di lei si fanno beffe a esigere a gran forza il suo intervento. Addetti e non addetti riversarono allora davanti all'Ufficio federale della protezione civile una cesta colma di accuse giuste o meglio giustificabili, ma soprattutto di accuse infondate. Alla protezione civile, rispettivamente ai suoi maggiori rappresentanti, venne a mancare, di primo momento, la parola in bocca: il loro silenzio non fu certo prodezza, ma, nel frattempo, il torto è stato riconosciuto. D'altra parte è però un giudizio globale avventato che tocca gli estremi della calunnia grave definire la protezione civile, nel suo stato odierno di attuazione, uno strumento troppo caro, inamovibile e inadeguato: ciò è d'altro canto dovuto – occorre rilevare con tutta chiarezza – a una valutazione incompetente della situazione (dopo Cernobyl, come anche dopo Schweizerhalle) e da ascrivere anche alla mancanza di conoscenza delle possibilità d'intervento della protezione civile odierna.

Un elemento della seconda sciolta

La protezione civile è nella sua forma attuale «un elemento della seconda sciolta» (Hans Mumenthaler) e questo non è neppure risaputo da tutti coloro che vi prestano servizio. Essa entra in azione (come del resto anche le truppe di protezione aerea dell'esercito) quando si presentano pericoli gravi che attentano alla vita umana. Sia nel caso di Cernobyl, come anche nel caso di Schweizerhalle, la situazione non è mai stata tanto pericolosa da ordinare l'occupazione dei rifugi: questo è il parere di specialisti che contano, ad esempio della biologa delle radiazioni prof. dott. med. Hedi Fritz-Niggli o del divisionario Gustav Däniker, sottocapo di stato maggiore nell'Aggruppamento dello stato maggiore generale, per nominare soltanto due personalità. Altra è la questione a sapere se in caso di pace un'occupazione dei rifugi fosse attuabile – si pensi soltanto alle diverse utilizzazioni permesse dei rifugi o agli abusi che in parte avvengono con questi locali. Occorre assolutamente che le autorità determinanti in questa materia, della Confederazione, dei cantoni e dei comuni, abbiano ad occuparsi di tale questione. Ed è anche necessario che gli ambienti responsabili abbiano a preoccuparsi sul come assicurare un celere allarme della popolazione o anche sull'idoneità delle maschere di protezione e dei filtri del rifugio nella lotta contro le radiazioni radioattive, nel caso di incidenti nelle centrali nucleari o contro gli agenti chimici in caso di incidenti d'ordine chimico.

Non ci si devono attendere miracoli dalla protezione civile

La protezione civile, invece, non è, per legge e grazie alla sua intera concezione, un corpo d'aiuto in caso di catastrofe. Il mandato al quale risponde è in primo luogo la protezione della popolazione civile durante eventi bellici. Concezione e istruzione emanano da questa dottrina sull'intervento. Il mandato di prestare aiuto in caso di catastrofi che avvengano in tempo di pace è effettivamente già oggi ancorato nella legge; la questione determinante, tuttavia, è sapere se la protezione civile, come concepita operazionalmente oggi giorno, sia in grado di prestare aiuto in misura sufficiente e soprattutto con la necessaria celerità in casi analoghi a quelli di Cernobyl o di Schweizerhalle. In confronto a una nube radioattiva proveniente da una centrale nucleare che va dirigendosi verso il nostro Paese, un'inondazione costituisce addiritura una situazione idilliaca. Catastrofi belliche sono in certo qual senso calcolabili, le catastrofi civili s'abbattono spesso quasi a ciel sereno su un paese e hanno le proporzioni le più diverse. Tutti questi fattori rendono assai difficile la preparazione necessaria ad affrontare sinistri del genere. In altri termini: dalla protezione civile non ci dobbiamo aspettare miracoli. Così come essa è concepita, può essere adeguatamente

Con maschera e tuta protettrici: opere di riordino a Schweizerhalle.

impiegata in determinati casi. Essa non è tuttavia una truppa d'intervento rapidamente mobitalizzabile come lo è, ad esempio, il reggimento 4 di recente crazione per l'intervento negli aeroporti, per contrattaccare militarmente le cosiddette aggressioni strategiche.
Siffatta constatazione non vuole nè deve impedire a nessuno di riflettere se e come, nel quadro della protezione civile, si possano creare una o più formazioni che, in caso di catastrofi naturali o dovute alla civiltà della tecnologia, siano in grado di prestare aiuto celere ed efficace.
In questo senso si è molto dibattuto, negli ultimi tempi, soprattutto nelle cerchie della protezione civile, ma anche di altre istanze che si occupano dell'aiuto in caso di catastrofi. Occorre tuttavia rendersi conto che una modificazione di principio della concezione della protezione civile dovrebbe avere l'avallo della Confederazione, vale a dire che non ogni capo locale della protezione civile possa di punto in bianco fondare un proprio corpo per l'aiuto in caso di catastrofe.

Delegato per l'aiuto in caso di catastrofi all'interno del Paese

È interessante, in tale contesto, un postulato avanzato all'inizio di questo gennaio nell'ambito del corso annuale di «medicina nel caso di catastrofi» durato due giorni e tenuto per studenti in medicina, medici della protezione civile ed altre persone interessate. Il professor Rolf Lanz, incaricato di corsi di medicina nel caso di catastrofi all'Università di Zurigo e medico in capo della clinica di chirurgia nell'ospedale regionale di Herisau, ha infatti chiesto una volta di più la designazione di un delegato del Consiglio federale per l'aiuto in caso di catastrofi all'interno del Paese, considerato che la coordinazione suprarregionale nel caso di catastrofi in Svizzera è molto lacunosa e che l'organizzazione è spesso improntata a lentezze burocratiche.
Nella stessa occasione, anche il professor Georg Hössli, direttore dell'Istituto d'anestesiologia dell'Università di Zurigo e nel contempo provetto e riconosciuto medico in caso di catastrofe, aveva rilevato che in Svizzera in primo luogo sono le autorità civili dei cantoni e dei comuni a essere responsabili dell'aiuto in caso di catastrofi e, con questo, anche della preparazione, dell'organizzazione e della coordinazione.

Una grossa catastrofe per settimana

Del resto occorre osservare ancora che l'Organizzazione mondiale della salute conta attualmente ogni settimana su una catastrofe di grande portata e d'interesse mondiale in un luogo qualsivoglia dell'orbe: un caso su cinque non è dovuto a un capriccio della natura, bensì a disattenzione o negligenza umana.

Piuttosto per la pace che non in guerra?

In questo ordine d'idee, i liberali-radicali hanno inoltrato recentemente, a livello politico, un'iniziativa parlamentare con lo scopo di modificare la concezione della protezione civile nel senso di una migliore preparazione per affrontare le catastrofi civili. E, naturalmente, anche addetti dei quadri alti della protezione civile e rappresentanti della difesa integrata vanno riflettendo alle conclusioni che occorre trarre da Cernobyl e da Schweizerhalle. Bruno Leuenberger, capo locale di Basilea, ad esempio, è del parere che non sia possibile far fronte alle catastrofi civili con la sola protezione civile comunale. Le sue conclusioni: la protezione civile dovrebbe raccogliersi in unioni regionali. Inoltre dovrebbero essere creati corpi d'aiuto in caso di catastrofi che siano pronti ad intervenire celermente. Anche Felix M. Wittlin, capo dell'armamento, ritiene un punto di debolezza l'organizzazione per comune. Un'idea ancora più radicale ebbe, in occasione del suo ritiro, avvenuto a fine 1985, il consigliere nazionale e consigliere comunale dott. Heinz Bratschi; questi, nella sua qualità di capo locale della protezione civile, rilevò quanto segue: «Il potenziale di pericolosità in tempo di pace è tanto grande che non riusciamo già più a fronteggiare una catastrofe da avvelenamento di media portata o avvenimenti analoghi, con il ricorso al corpo di polizia e pompieri esistente. Poichè non è possibile estendere queste organizzazioni all'infinito, dobbiamo preparare la protezione civile in modo tale che sia in grado di far fronte a tali situazioni straordinarie.» E aggiunse, con intento provocatorio: «E chi ci dice che avremo mai bisogno della protezione civile in una guerra? È senz'altro possibile che si abbia piuttosto ad aver bisogno della protezione civile in periodo di pace!»

Modificazioni della legge, fondamentali e non soltanto cosmetiche

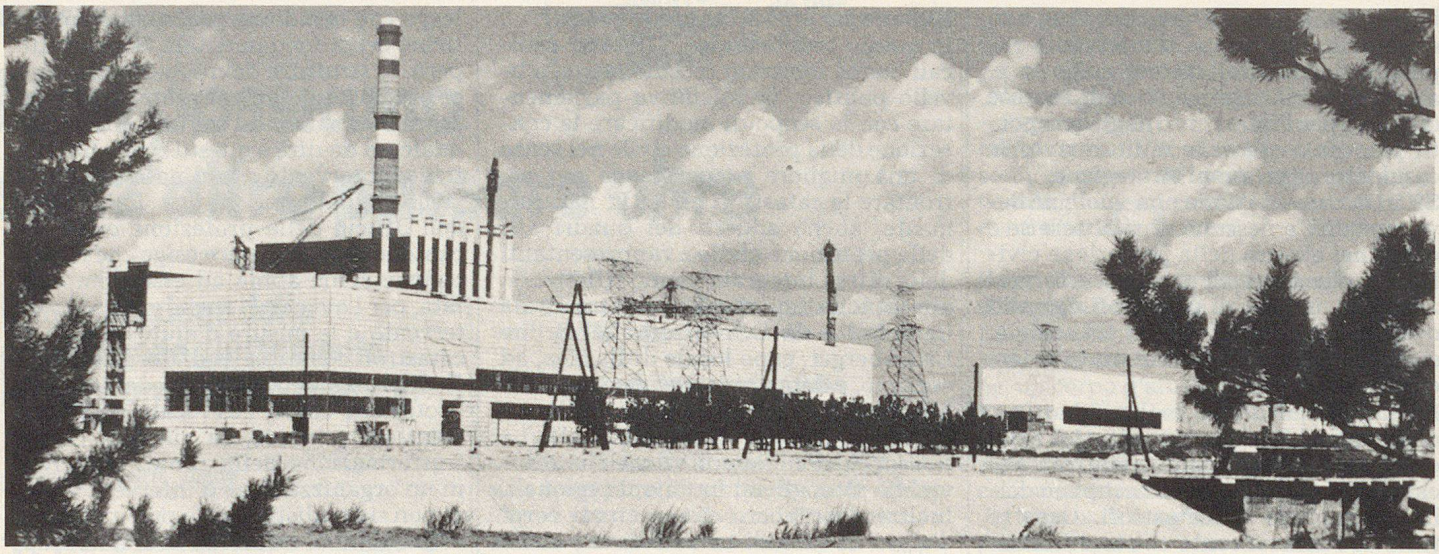
Dello stesso parere è Hans Frick, consigliere comunale zurighese, responsabile dell'organizzazione politica della protezione civile della città della Limmat. Egli ritiene che la protezione civile dovrebbe in misura maggiore essere impiegata per l'aiuto in caso di catastrofi e, in particolare, sempre qualora i mezzi della polizia, della lotta antincendio e della sanità più non bastano allo scopo. Premesse irrinunciabili sono però un rapido stato di prontezza e una preparazione approfondita per l'intervento in caso di catastrofi naturali e tecnologiche. Il signor Willy Heeb, capo locale della città di Zurigo, attirò l'opinione pubblica su altri punti importanti, in occasione di una conferenza per la stampa del mese di dicembre scorso. Le strutture della protezione civile dovrebbero essere rivedute a fondo quanto al contenuto. Se necessario, si dovrà procedere a revisioni della legge che non siano puramente cosmetiche, bensì fondamentali. Soprattutto, però, le strutture dovrebbero essere rese più lineari e centralizzate; oggi troppo numerosi sono i servizi che hanno qualcosa da dire e questo rende più difficile l'intervento coordinato e la diffusione dell'allarme. Franz Reist, capo dell'Ufficio della protezione civile del cantone di Berna, pure esige che la protezione civile abbia ad essere improntata, per l'avvenire, anche sul primo intervento e le misure d'aiuto in caso di catastrofi come quella di Cernobyl.
Il direttore dell'Ufficio federale della protezione civile, l'avvocato Hans Mumenthaler, invece, fa rilevare che la trasformazione della protezione civile in un'organizzazione d'intervento celere non sia realistica. Egli può ipotizzare al massimo la creazione di alcune truppe speciali che abbiano a prestare servizio di picchetto.
Che cosa pensare di tutte queste opinioni e come ritenere che abbia ad agire la protezione civile in avvenire, soprattutto se si pensa alle catastrofi (civili) che non possono essere escluse?

Gli uomini politici mettano le carte in tavola

Cernobyl e Schweizerhalle non hanno, per fortuna, assunto dimensioni tali da esigere dalla protezione civile una prova d'efficienza. Nessuno osa dire con un sì chiaro e univoco che tale prova sarebbe stata superata con successo. Dobbiamo quindi ascoltare questi richiami che vengono dall'ambiente stesso degli addetti come un segnale di messa in moto. Non possiamo passare senz'altro all'ordine del giorno e consolarci concludendo che le catastrofi sono invero rare e che, il momento caso mai venuto, sapremo senz'altro come reagire. Dobbiamo seriamente controbattere questa mentalità da struzzo, ovunque essa insorga. In primo luogo sono gli uomini politici a dover mettere le carte in tavola. In effetti, l'intera nostra politica di sicurezza è stata formulata e decisa dal Consiglio federale e dal Parlamento. Eppure proprio da queste cerchie nulla proviene d'interessante a proposito di questo tema di bruciante attualità, nonostante la popolazione sia oggi particolarmente sensibilizzata come raramente in altri tempi e nonostante si tengano quest'anno votazioni in Parlamento.

Tirare bilancio in tutta onestà

L'aspetto è però rivolto anche agli specialisti della protezione civile nella Cofederazione, nei cantoni e nei comuni che qua e là ormai – come già rilevato più sopra – hanno espresso pubblicamente le loro idee. Il mandato loro rivolto attualmente è doppio: essi devono elaborare i principi di un'eventuale decisione politica, affrontare alternative possibili e trovare infine l'intesa su proposte utili. Essi devono tuttavia informarsi, in misura più approfondita e circostanziata, sul senso e gli obiettivi



La centrale nucleare di Cernobyl prima della catastrofe.

della protezione civile e sulle sue possibilità d'intervento e d'ampliamento e nel contempo non temere la critica, imprendere la discussione con il cittadino e tirare infine il bilancio con assoluta sincerità. Poichè la popolazione dovrebbe tornare ad avere fiducia nella protezione civile; la protezione civile deve divenire, agli occhi della popolazione, qualcosa di ovvio come lo è l'esercito.

Rivedere la questione dei quadri

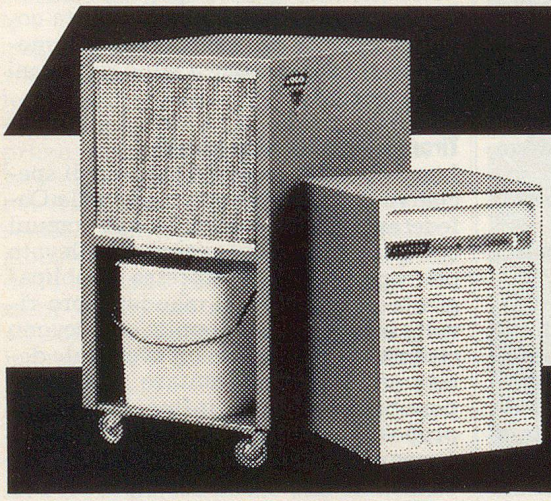
Forse occorrerebbe anche esaminare se la protezione civile debba forse venire organizzata e diretta con principi militari, senza essere «militarizzata»; essa non è armata e non deve occuparsi di tecnica del combattimento e di cose del genere. Un'organizzazione che deve poter intervenire a sangue freddo in situazioni estreme e reagire nel migliore dei modi, non può essere organizzata come fosse un club per il tempo libero, nel quale si collabora, a seconda dello spirito, attivamente oppure ci si lascia passivamente coinvolgere.

Perchè non più donne?

Non da ultimo, il tema «donna e protezione civile» non dovrebbe essere un tabù. Certo i tempi non sono ancora maturi per poter introdurre l'obbligo della protezione civile anche per le donne, nonostante siano proprio le donne che si annunciano volontarie a fornire la prova di attività tanto efficienti. Ed è un vero peccato che troppe organizzazioni della protezione civile proprio non attingano a un potenziale tanto rilevante, per ragioni dovute alla disinformazione, ad arroganza o a ignavia.

Cercare il colloquio con la gente

Per quanto attiene alla propaganda sulla protezione civile all'attenzione della popolazione, la direttiva entrata in vigore al 1° gennaio di quest'anno che impone di attrezzare, entro dieci anni, i rifugi con posti letto e latrine di fortuna offre la migliore occasione possibile di entrare in colloquio con la gente, di convincerla del fatto che una protezione civile, bene equipaggiata e ottimamente funzionante, anche se non offre garanzia assoluta nè in periodo di pace nè in caso di guerra, resta pure in grado di rendere possibile una sopravvivenza, di impedire che abbia a diffondersi la rassegnazione che rende impossibile qualsiasi reazione. A tale scopo ci vogliono però addetti della protezione civile che padroneggino la loro materia e che siano capaci di convincere uomini – e donne – e che sappiano persino a volte riconoscere che la protezione civile è opera umana e che come tale può anche presentare lacune, ma che questa non è ancora la ragione per lasciar cadere tale impresa, anzi che proprio si debbano impegnare, uniti, per attuare la migliore misura possibile, nel rispetto del motto confederale di antica data: uno per tutti, tutti per uno. In tal senso vanno intese anche le parole dell'ex consigliere federale Kurt Furgler che, nell'anno 1982, osservava: «Una protezione della popolazione rettamente intesa nel caso di minaccia durevole – e con questa dobbiamo purtroppo contare – è un compito costante, mai concluso, di continuo da rivedere e da adattare e migliorare sulla base delle esperienze fatte.» Questo vale, bene inteso, in periodo di pace e in tempo di guerra. ▲



Zur Verhinderung von teuren Feuchteschäden:

Luftentfeuchter

das bewährte Geräteprogramm für den universellen Einsatz in Kellern, Lagern, Wohnräumen, Zivilschutzanlagen usw. Vollautomatischer Betrieb, sparsamer Stromverbrauch.

Verlangen Sie detaillierte Unterlagen bei:

Krüger + Co.
9113 Degersheim, Tel. 071 54 15 44
Niederlassungen: Dielsdorf ZH, Hofstetten SO, Münsingen BE, Gordola TI, Lausanne, Küssnacht am Rigi, Samedan

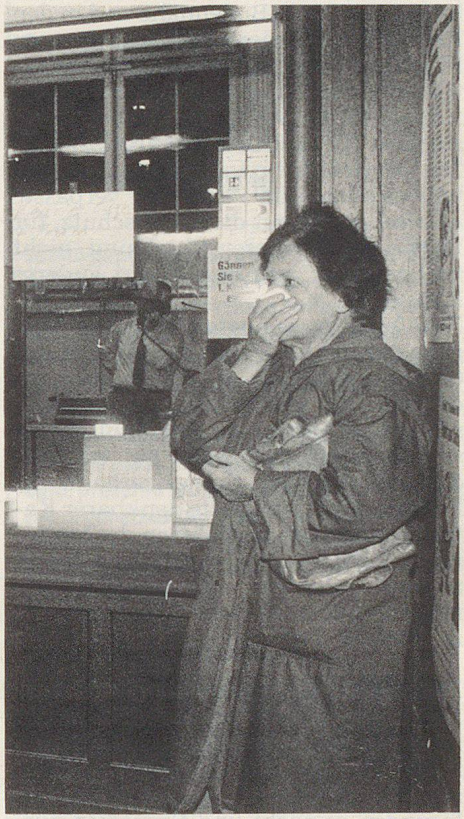
KRÜGER

Zivilschutz Basel-Stadt nach dem 1. November 1986

So soll es weitergehen

Konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Bevölkerungsschutzes

Regierungsrat Karl Schnyder, Vorsteher des Polizei- und Militärdepartements der Stadt Basel, hat im Anschluss an das Grossereignis von Schweizerhalle eine spezielle Kommission eingesetzt, die ein «Zivilschutzkonzept im Katastrophenfall» zu entwickeln hat. Die Vertreter des Zivilschutzverbandes von Basel-Stadt haben in dieser Kommission ihre eigenen Anregungen eingebracht. Diese können als wesentliche Grundlagen für die konzeptionelle Arbeit der Fachkommission betrachtet werden. Ein Zwischenbericht mit Rahmenentwurf dürfte bereits vor dem Sommer des Jahres 1987 für die Regierung Basel-Stadt erstellt sein. Es kann über Basels Grenzen hinaus von Interesse sein, wie Regierung, Parlament und Bevölkerung darauf reagieren werden. Der Präsident des Zivilschutzverbandes der Stadt Basel, Peter Müller, stellt die Hauptpunkte des erarbeiteten Konzeptes vor.



Basel, 1. November 1986: Angst und Unsicherheit

Der Grossbrand von Schweizerhalle steckt besonders in der Region Basel noch manchem in den Knochen. Das Grossereignis ist alleweil immer noch ein Thema. Auch haben viele in jener Nacht vom 1. November 1986 an den Zivilschutz grosse Erwartungen – zu absolute – gestellt. Zahlreiche Menschen waren verängstigt und fühlten sich bedroht und vermeinten sich in den entsetzlichen Stunden jener Nacht auch noch vom Zivilschutz verlassen. Tage nach dem Schock und nach der durchstandenen Angst kamen die Reaktionen der Enttäuschung und der Wut über das (scheinbare) Versagen des Zivilschutzes. «Scheinbar» hat er die einfühlbare verzweifelte Erwartungshaltung der Bevölkerung in der Brandnacht enttäuscht.

Erwartung und Wirklichkeit

Wie lässt sich diese tiefliegende Frustration und die enttäuschte Erwartung in weiteren Zusammenhängen erklären? Möglicherweise mag dies einfach am Problem der Information gelegen haben. Auch wird der primäre Auftrag des Zivilschutzes, sofern überhaupt bekannt, vergessen oder verdrängt. Man hat übersehen oder auch gar nicht gewusst, dass der Einsatz des Zivilschutzes als «zweite Staffel» mit allen seinen bekannten Formationen in keiner Weise nötig war. Der Bezug der Schutzräume war zu keinem Zeitpunkt sinnvoll, waren doch die geruchsintensiven Gase

hauptsächlich in Bodennähe und in den Kellern konzentriert. So waren die vom Führungs- und Katastrophenstab erteilten Anordnungen angemessen und richtig: in der Wohnung bleiben, Fenster und Türen schliessen!
Die im nachhinein in den Gazetten und teilweise auch im Fernsehen verpasste «Abrechnung» mit dem Zivilschutz, für Dinge, wofür dieser überhaupt nicht zuständig ist, gehören in ein anderes Kapitel.
Zweifellos ist es heute zwingende Aufgabe der Industrie und des Staates, das Gefahrenpotential der Zivilisation an den Quellen anzugehen und dort wesentlich zu verringen. Der Zivilschutzverband der Stadt Basel hat erkannt, dass am Beispiel Schweizerhalle die Bedrohungsbilder heute denkbarer Katastrophen auch im Rahmen des kantonalen Zivilschutzes zusätzliche Massnahmen erfordern, um den Bevölkerungsschutz in solchen Lagen generell zu erhöhen.

Zeitbedingte Anpassung
Eine akute Gefahr wie das Grossereignis von Schweizerhalle kennt praktisch keine Vorwarnzeit. So wäre es wünschenswert, dass im AC-Bereich Überlegungen gemacht und Szenarien ausgearbeitet würden, die erlauben würden, durch raschen, unmittelbaren Schutzraumbezug oder andere geeignete Massnahmen das Leben der Bevölkerung zu schützen. Das Schaffen der Möglichkeit zum raschen Schutzraumbezug ist als Ergänzung zum bestehenden ZS-Programm anzusehen, ohne den primären Auftrag des Zivilschutzes zu tangieren. Bei plötzlicher Bedrohung durch AC-Ereignisse würde der Bevölkerungsschutz dadurch massgeblich verstärkt. Die Zuständigkeit und Verantwortung für eine derartige Katastrophenvorsorge hätte bei den Kantonen und Gemeinden zu liegen. Konzeption und Durchführung dieser Leitidee müssten an die Gegebenheiten und Usanzen der durchführenden Gemeinde oder des jeweiligen Kantons angepasst werden.

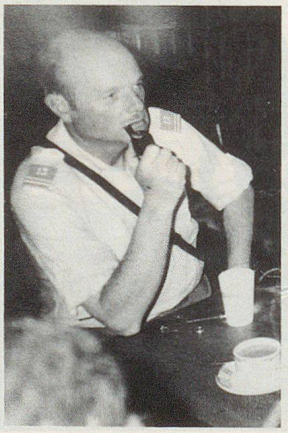
Mehr Vertrauen in Zivilschutz wünschenswert
Ein Konzept «Schutzraum-Notbezug» dürfte bei der Bevölkerung eine erhöhte Identifikationsbereitschaft mit der Idee des Zivilschutz bzw. mit dem Sinn der Schutzräume hervorrufen. Ein solcher Vertrauenszuwachs, veranlasst durch den Ausbau eines zivilen Katastrophenschutzes, wäre ausserordentlich wünschenswert. Die Leitung des Zivilschutzverbandes von Basel erarbeitete im Anschluss an die Grosskatastrophe von Schweizerhalle eine Konzeption zur Verbesserung der Schutzmassnahmen.

Konzept für einen Schutzraum-Notbezug bei Katastrophen mit keiner oder geringer Vorwarnzeit

Das Rahmenkonzept gliedert sich in drei Hauptthemen:

Allgemeiner Sirenenalarm
Das Alarmsystem muss auf *einen* Alarmierungstypus vereinfacht werden, um Unsicherheiten und Verwechslungsgefahren auszuschliessen. Dem Alarm ist ohne langes Studieren folgendes zu entnehmen: Fenster und Türen schliessen, Radio hören, Anweisungen entgegennehmen. Als neues Element kommt dazu, dass alle Instruktionen und offiziellen Weisungen – vor allem jene des Krisenführungsstabes – durch Radiomitteilung erfolgen. Warum dies? In der Nacht vom 1. November 1986 ist das Telefonnetz in Basel teilweise zusammengebrochen, wichtige Weisungen der Hilfsorganisationen und Behörden wurden dadurch verzögert oder gar verunmöglicht. So wird künftig die Mobilisierung bzw. das Aufbieten aller benötigten speziellen Zivilschutzformationen ebenfalls durch Radiomitteilung erfolgen.

Notbezug der Schutzräume
Ergibt die Lage, dass ein rascher, ja sofortiger Bezug der Schutzräume notwendig wird, muss Notbezug angeordnet werden. Der Bezug der Schutzräume sollte längstens innerhalb einer halben Stunde möglich sein. Der Notbezug sollte einen Aufenthalt im Schutzraum zwischen drei und fünf Stunden er-



Peter Müller, Präsident Zivilschutzverband Basel Stadt

La protection civile bâloise après le 1er novembre 1986

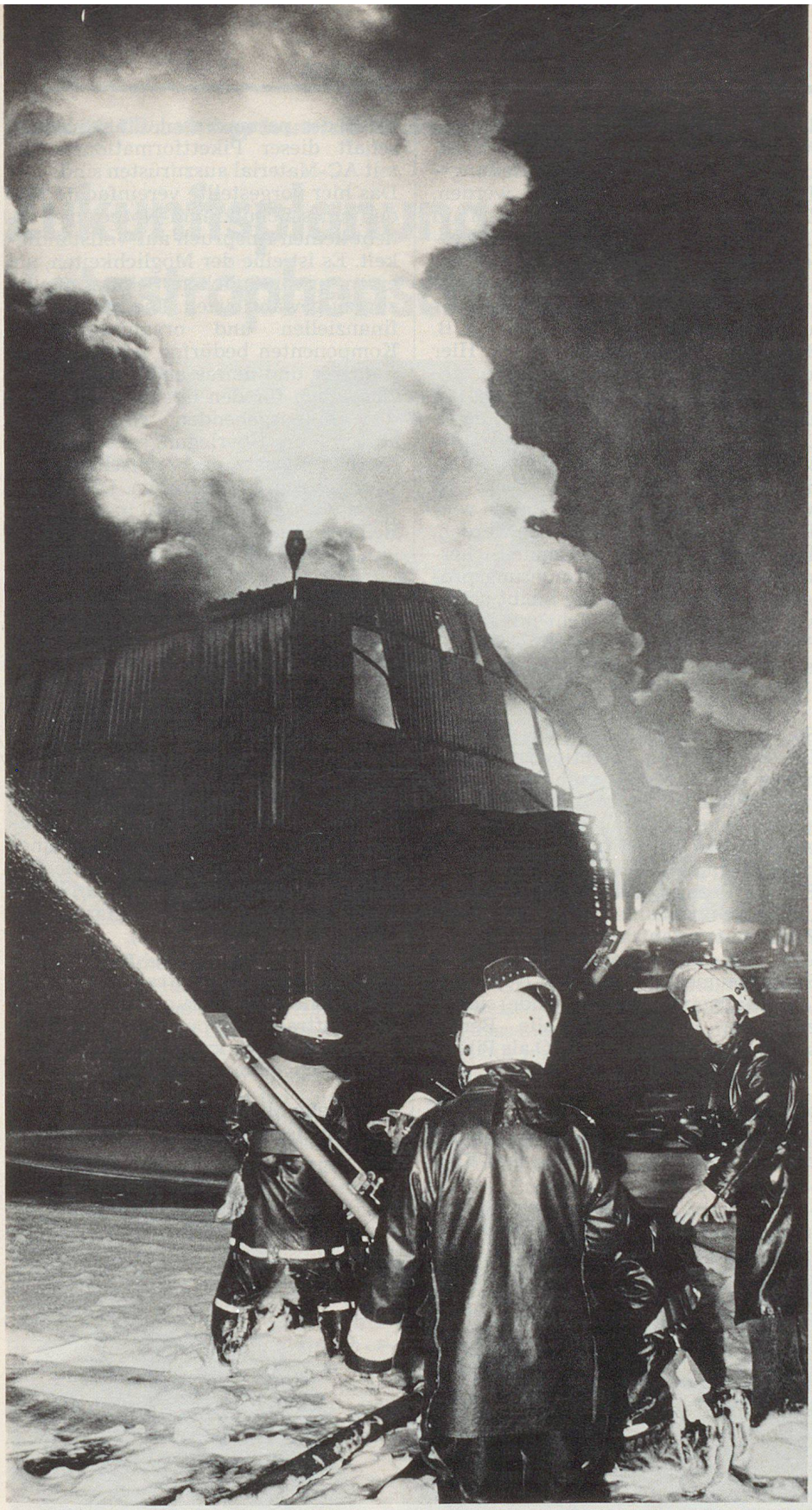
Une protection efficace de la population

Suite aux événements de Schweizerhalle, des représentants de la Fédération bâloise de la protection civile ont présenté, au sein d'une commission constituée par le gouvernement, leurs revendications concernant une protection efficace de la population.
Peter Müller, président de la Fédération de la protection civile de Bâle-Ville, résume comme suit les exigences de cette commission:
- alarme générale par les sirènes
- occupation urgente des abris sans temps de préalerte, sinon avec un temps de préalerte extrêmement court

Alarme générale par les sirènes
Afin d'éviter l'insécurité et la confusion, le système d'alarme doit être simplifié. L'alarme ne signifie rien de plus que «Fermer les fenêtres et les portes – écouter la radio!»
La radio diffuse toutes les instructions officielles destinées à la population et aux formations de protection civile engagées.

Occupation urgente des abris
En cas de situation grave, l'occupation urgente des abris devrait être possible en l'espace d'une demi-heure. Pour y parvenir, il faudrait disposer de réserves d'eau suffisantes et de toilettes de secours opérationnelles. Les responsables bâlois formulent cette revendication en partant du principe qu'il vaut mieux trouver protection et secours dans un abri improvisé – même si on doit s'installer au milieu de matériels divers, de voitures, etc. que de mettre en danger sa santé et sa vie en ne procédant pas à une occupation urgente des abris. Pour que cette occupation urgente puisse s'effectuer, on suggère à Bâle de notifier à chacun l'attribution des places protégées par le biais d'un panneau placardé à un endroit accessible à tous dans chaque immeuble. Pour les lieux où le nombre de personnes varie fortement, il faut trouver des solutions adaptées.
Pour garantir le succès de ces revendications, les responsables de la Fédération de la protection civile de Bâle-Ville préconisent la mise sur pied d'une formation de piquet dans les organisations de protection civile. Ceux-ci devront recevoir une instruction spéciale et être équipés de matériel AC.
Le modèle présenté ici ne prétend pas être parfait, mais est plutôt proposé comme une possibilité de garantir une occupation des abris immédiate et de première nécessité.
On attend avec impatience les réactions du côté du gouvernement et du peuple – d'autant plus qu'un rapport intermédiaire comprenant également un projet de loi général doit être présenté encore cet été.

Peter Müller,
président de la Fédération
de la protection civile de Bâle-Ville



möglichen. Dazu sollen die Schutzräume provisorisch oder eben notfallmässig improvisiert bezogen werden. Die traditionelle Bezugs-Infrastruktur ist nicht zwingend notwendig. Vorhandene Wasservorräte und Notaborte – auch behelfsmässige – müssen fürs erste genügen. Die Ausrüstung aller Schutzräume mit Wasser und Toiletten ist im Sinne eines solchen Notbezuges voranzutreiben.

Lebensrettend improvisieren

Bei dieser Forderung gehen wir von folgendem Grundsatz aus: Es ist besser, im improvisierten Schutzraum – auch wenn dies zwischen Material, Autos und ähnlichem geschehen muss – Schutz und Rettung zu finden, als ohne Notbezug das Leben zu gefährden. Dies gilt auch für den Fall, wenn für wenige Stunden Aufenthalt im Schutzraum nur Stehplätze oder primitive Sitzplät-

Protezione civile basilese dopo il 1° novembre 1986

Protezione efficace per la popolazione

Subito dopo la catastrofe di Schweizerhalle dalle proporzioni tanto vaste, membri dell'Unione per la protezione civile di Basilea-Città avanzarono, nell'ambito di una commissione costituita dal governo, le loro esigenze in vista di una protezione efficace della popolazione.
Il signor Peter Müller, presidente dell'Unione per la protezione civile di Basilea-Città, presenta le esigenze inoltrate dalla sua organizzazione a tale commissione (occupazione d'emergenza dei rifugi in caso di catastrofe con un breve o nessun tempo di preallarme).

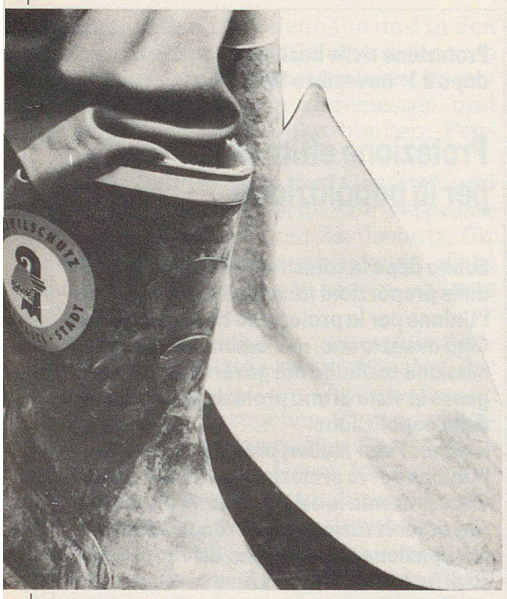
Allarme diffuso dalle sirene

Il sistema d'allarme deve essere semplificato onde escludere incertezze o equivoci. Il significato dell'allarme è soltanto il seguente: «Chiudere porte e finestre – Ascoltare la radio»! Attraverso la radio vengono trasmesse tutte le istruzioni ufficiali per la popolazione e per le formazioni di protezione civile istituite.

Occupazione d'emergenza dei rifugi

L'occupazione d'emergenza dei rifugi dovrebbe in caso d'emergenza essere possibile entro una mezz'ora. Inoltre devono essere approntate riserve sufficienti di acqua e latrine funzionanti.
Con questa esigenza, i Basilesi partono dal principio che sia meglio trovare riparo e salvezza in un rifugio improvvisato – pur tra il materiale, le vetture o altro che vi è depositato – piuttosto che mettere in pericolo vita e salute che non sapere dove trovare scampo.
Quale altra premessa dell'occupazione d'emergenza, si rileva a Basilea come sia necessario far conoscere ad ogni persona il PIAT (piano d'attribuzione dei posti protetti), da affiggere in ogni edificio, in luogo accessibile a tutti. Per le località nelle quali vi sono forti variazioni di densità della popolazione occorre ricercare soluzioni differenziate.
Come garante dell'attuazione di questa esigenza, si vedrebbe, a Basilea-Città, una formazione di picchetto delle organizzazioni di protezione civile. Queste dovrebbero essere istruite all'uopo ed equipaggiate di materiale AC.
Il modello qui presentato non pretende d'essere completo, ma è pensato piuttosto come una possibilità che possa garantire l'occupazione istantanea dei rifugi, atta a proteggere vite umane.
Siamo molto curiosi di conoscere le reazioni del governo e della popolazione che, entro quest'estate, si vedranno presentare una relazione intermedia con un progetto-quadro di legge.

Peter Müller, presidente dell'Unione per la protezione civile di Basilea-Città



ze zur Verfügung stehen.
Die Nutzungsziffern der privaten, insbesondere auch der grösseren privaten Schutzräume muss neu überdacht und festgelegt werden. Zum Beispiel: 50% Freifläche nach geltendem System erlauben bereits einen improvisierten Notbezug. Dabei ist zu beachten, dass die Zuteilung oder Aufteilung der Bevölkerung in natürlich oder künstlich belüftete Schutzräume problematisch ist und bleiben wird.

Zupla bekanntgeben!
Die Bekanntgabe der Zupla ist die entscheidende Vorleistung und Voraussetzung für den Notbezug. Jedes Haus, jede Liegenschaft – privat oder öffentlich – wird mit einem Merkblatt (Schutzraumhinweis) ausgerüstet. Das Merkblatt verweist auf die nächstgelegene Schutzmöglichkeit. Dieser Schutzraumhinweis gilt im Grundsatz für 24 Stunden. Jede sich im Gebäude befindende Person begibt sich im Fall der Anordnung des Notbezugs in den für das Gebäude zugeteilten Schutzraum. Wo es als sinnvoll zu betrachten ist, kann die Tag- und Nachteinteilungsdifferenzierung beibehalten werden. Zuteilungsprobleme werden sich in Gebäuden mit stark wechselnden Personenzahlen ergeben; dies betrifft vor allem Gebäude oder Örtlichkeiten mit einer hohen Schwankungsdifferenz der jeweils anwesenden Personen (z. B. Bahnhöfe, Messegebäude usw.). Hier müssen differenzierte Lösungen gesucht werden wie beispielsweise der Einbezug von mehreren Schutzräumen. Diese Art der Zupla-Praxis wird nie perfekt sein und nie problemlos funktionieren. Trotzdem – der Notbezug ist wichtiger! Hierbei soll am Rande wieder einmal darauf hingewiesen werden, dass es die absolute, maximale Sicherheit nicht gibt. Das Optimierungsproblem in Sachen Notbezug bleibt genau wie die Maxime: Ein nicht mit letzter Perfektion funktionierender Notbezug ist in jedem Fall besser als gar kein Notbezug!

Sicherstellung der Bezugsbereitschaft
Die Besitzer von Privatliegenschaften haben die Zugangs- und Bezugsmöglichkeit am Tage und in der Nacht zu garantieren und spätestens innerhalb einer halben Stunde nach der Alarmierung zu ermöglichen.
Für die Bezugsbereitschaft der öffentlichen Schutzräume ist die öffentliche Zivilschutzorganisation zuständig.
Um die Bezugsmöglichkeit dieser Schutzräume im Falle des Notbezugs (innerhalb einer halben Stunde) sicherzustellen, werden spezielle Bereitschaftsformationen der ZSO als Pikett-(Alarm-)Formationen gebildet.

Pikettformation
Den Zivilschutzorganisationen obliegt deren Ausbildung, Beübung und Kontrolle der permanenten Einsatzbereitschaft dieser Pikettformationen, die mit AC-Material auszurüsten sind.
Das hier vorgestellte vereinfachte Modell eines Schutzraum-Notbezuges erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es ist eine der Möglichkeiten, um einen unvorzüglichen Schutzraumbezug zu gewährleisten. Die rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Komponenten bedürfen zusätzlich besonderer und umfassender Abklärung. Zusätzlich für den über wenige Stunden hinausgehenden Notaufenthalt sind weitere Überlegungen notwendig, die den Einsatz des Zivilschutzes als «zweiter Staffel» betreffen. Die Prioritäten im Einsatz liegen in folgender Reihenfolge: Sanitäts-, AC-, Verpflegungs- und Betreuungs-Formationen.

Erwartungen an den Zentralvorstand des Schweizerischen Zivilschutzverbandes
Jeder Verband zieht seine Schlagkraft aus den elementaren Interessen und dem Engagement seiner Mitglieder. Die Verbandsleitung hat die Aufgabe, die Impulse der Mitglieder zu analysieren, zu formulieren und zu vertreten. Wir mögen uns von folgendem Zitat leiten lassen: «Der Zivilschutz besteht nicht nur aus einem durch Bundesrecht geregelten Apparat, sondern auch aus einer Denkweise; diese besteht in der Bereitschaft, überhaupt etwas zu tun» (aus «Perspektiven im Zivilschutz», von Maria Iselin-Löffler, Basel).
Es wird deshalb für vordringlich erachtet, dass der Zentralvorstand des SZSV eine Arbeitsgruppe einsetzt mit dem Auftrag, die Vorschläge und Konzepte zur Verstärkung der zivilen Katastrophenvorsorge zu prüfen.

Peter Müller, Präsident
Zivilschutzverband Basel-Stadt

Bundesrätin Elisabeth Kopp äussert sich zur aktuellen Situation beim Zivilschutz

Zukunftsplanung Katastrophenschutz

Einsatz einer Arbeitsgruppe

ush. Am 26. Januar 1987 gab Bundesrätin Elisabeth Kopp vor der Offiziersgesellschaft der Stadt Bern bekannt, dass sie eine Arbeitsgruppe zur Prüfung von Zivilschutzeinsätzen bei zivilen Katastrophen einsetzen werde. Eine der Hauptaufgaben dieser Arbeitsgruppe besteht in der vertieften und sorgfältigen Analyse der Voraussetzungen, ob und in welcher Form der Zivilschutz diese neue Funktion aufnehmen kann und soll.

Mit der Leitung der Arbeitsgruppe betraut Frau Kopp Fürsprecher Hans Mumenthaler, den Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz. Weiter arbeiten mit vier Regierungsräte, drei Vertreter von kleineren, mittleren und grossen Gemeinden sowie «benachbarter» Bundesämter und die Zentralsekretärin des Schweizerischen Zivilschutzverbandes.

Bei ihren Ausführungen zum Thema «Führung und Schutz der Bevölkerung im Rahmen der Gesamtverteidigung» ging Bundesrätin Kopp von den beiden Ereignissen Tschernobyl und Schweizerhalle aus, die als Wirklichkeit gewordene Bedrohungen unser Land erschüttert haben.

Nach einem kurzen Hinweis auf den Expertenbericht Muheim zur Überprüfung der Zentralstelle für Gesamtverteidigung – der bereits einen detaillierten Katalog von Bedrohungsformen enthält und nach dem die beiden Grossereignisse 1986 eindeutig der neuen Gruppe «zivile Katastrophen» zuzuweisen sind – hielt die Referentin fest, dass die Aufgabe des Zivilschutzes nicht nur im sicherheitspolitischen Bereich liege, sondern dass der Zivilschutz auch bei zivilen Katastrophen das unversehrte Überleben eines möglichst grossen Teils der Bevölkerung zu sichern habe.

Für den Einsatz der Zivilschutzorganisationen bei zivilen Katastrophen – eingedenk der Tatsache, dass auch hier wie bei sicherheitspolitischen Krisen der Übergang vom Normalfall zur ausserordentlichen Lage überraschend und nahtlos ist – ist nach Ansicht der Bundesrätin ein künftiges Dispositiv zu entwickeln unter Berücksichtigung der dem Zivilschutz zugeordneten, gesetzlich verankerten Möglichkeiten und verfassungsmässig zugeschriebenen Aufträge.

Verbesserungsmöglichkeiten im Zivilschutz von heute nannte Bundesrätin Kopp in verschiedenen Bereichen. So unter anderem

- die Neuordnung der Bundesbeiträge an finanzschwache Kantone, deren Gemeinden Lücken in den Zivilschutzorganisationen aufweisen
- Verbesserung der Kadersituation durch gezielt vorzeitigen Übertritt von Offizieren der Armee in den Zivilschutz
- vermehrte Aufgabenübernahme durch Frauen usw.

Sie warnte aber davor, mit radikalen Mitteln, wie zum Beispiel einer Verfassungsänderung, dem Zivilschutz eine völlig neue Ausrichtung zu geben und ihn in ein reines Katastrophencorps umwandeln zu wollen.

Ob sich hingegen die Lösung «Zivilschutz-Einsatztruppe (Pikettformation, zusammengesetzt aus besonderen Spezialisten) aufdränge, meinte Frau Kopp, sei Gegenstand der in die Wege geleiteten Abklärung und Prüfung, deren Resultate es abzuwarten nun gälte.

Rascher Schutz bei Katastrophen

Überlegungen aus der Sicht des SZSV

Einerseits ist «die Gesetzgebung über den zivilen Schutz der Personen und Güter gegen die Auswirkungen von kriegerischen Ereignissen Bundessache (Art. 22bis BV); anderseits «ordnet das Gesetz den Einsatz von Organisationen des Zivilschutzes zur Nothilfe» (Art. 22bis, Abs. 7 BV).

Diese zweite Gesetzesnorm hat – immer mit Blick auf den Einsatz von Zivilschutzformationen bei zivilen Katastrophen – vorrangige Wirkung, was bei naturbedingten Ereignissen auch längst schon Praxis ist. Die Handlungsbefugnis ist hiebei logischerweise bei den Kantonen und Gemeinden angesiedelt: *sie* sind es, die notfalls aufbieten. Sie sind es auch, die heute aus ihren Reihen Postulate zur Erweiterung der vom Zivilschutz zu übernehmenden Aufgaben für Einsätze in Friedenszeiten anmelden: Postulat Auer (FDP/BL), Interpellation Bonny (FDP/BE), Interpellation LdU/EVP, Postulat Braunschweig (SP/ZH) und andere mehr.

Sie – die Kantone und Gemeinden – haben in ihrem Programm für Notfälle bereits die verschiedenen Typen von Feuerwehren zur Verfügung, dann Polizei, Werkhöfe, Notfalldienst und Spitäler. Und sie können gemäss Art. 4, Abs. 3 und 4 des Zivilschutzgesetzes auch ihren ortseigenen Zivilschutz nach Bedarf aufbieten.

So drängt sich nun doch in Erinnerung an die Ereignisse 1986 die Überlegung auf, sorgfältig ausgewählte Teile dieses Zivilschutzes als raschmöglichst einsatzbereite Pikettformation einzurichten. Eine solche wäre aus einem minimalen Kern von rasch erreichbaren Leuten zusammenzusetzen und speziell auszubilden. Die Elemente Nachrichtenverarbeitung und Lagebeurteilung, Alarmierung der Bevölkerung, Informationsvermittlung an die Öffentlichkeit, AC-Schutz und allfällig weitere müssen unbedingt darin vertreten sein – ungeachtet der Zusammensetzung der «normalen» Zivilschutzorganisation von Kanton oder Gemeinde.

Eine solche Lösung würde dem Schlusswort im Vortrag von Bundesrätin Kopp an die Offiziere von Bern «Die Aufgabe, für die der Zivilschutz ursprünglich geschaffen wurde, bleibt wichtig. Sie muss – auch wenn er erweiterte Aufgaben übernimmt – jederzeit erfüllbar sein» in keiner Weise zuwiderlaufen.

Madame Elisabeth Kopp, Conseillère fédérale, parle de la situation actuelle dans la protection civile

Planification future de la protection en cas de catastrophe

Mise en œuvre d'un groupe de travail

ush. Le 26 janvier 1987, s'exprimant devant la Société des officiers de la ville de Berne, Madame Elisabeth Kopp, Conseillère fédérale, a fait savoir qu'elle allait constituer un groupe de travail pour étudier les interventions possibles de la protection civile dans les cas de catastrophe. L'une des tâches principales de ce groupe de travail consistera à analyser de façon approfondie et minutieuse si, dans quelles conditions et sous quelle forme, la protection civile peut et doit assurer cette nouvelle fonction.

Madame Kopp entend confier la présidence de ce groupe de travail à Maître Hans Mumenthaler, Directeur de l'Office fédéral de la protection civile. En feront également partie quatre conseillers d'Etat, trois représentants de communes petites, moyennes et grandes ainsi que des fonctionnaires des offices fédéraux «apparentés» et la Secrétaire centrale de l'Union suisse pour la protection civile.

La Conseillère fédérale Kopp, qui s'exprimait sur le thème de «La conduite et la protection de la population dans le cadre de la défense générale», a pris comme point de départ les événements qui se sont produits à Tchernobyl et à Schweizerhalle et qui ont ébranlé notre pays, en actualisant des menaces qui n'étaient jusqu'alors que possibles.

L'oratrice a mentionné tout d'abord brièvement le rapport d'expert concernant le réexamen de l'Office central de la défense, qui contient déjà un catalogue détaillé des formes de menaces possibles. Selon ce rapport, les deux grands événements de 1986 doivent indubitablement être mis dans la compétence du nouveau groupe «catastrophes civiles». Madame Kopp a ensuite affirmé que les tâches de la protection civile ne concernent pas uniquement le domaine de la défense générale, mais que sa mission doit également consister à assurer la survie dans les conditions les meilleures de la plus grande part possible de la population, en cas de catastrophe civile.

Selon la Conseillère fédérale, il y aura lieu de développer un dispositif particulier pour l'intervention des organisations de protection civile en cas de catastrophe. A l'instar des cas de crise touchant la politique de sécurité, ce dispositif devra être organisé pour passer soudainement et sans transition d'une situation normale à une situation extraordinaire. Il devra tenir compte des potentialités mises légalement dans la compétence de la protection civile et des missions qui lui sont confiées par la Constitution.

La Conseillère fédérale Kopp a mentionné en outre des améliorations possibles de la protection civile actuelle

Une protection plus rapide en cas de catastrophe

Le point de vue de l'USPC

D'un côté, l'article 22bis de notre constitution prescrit que «la législation sur la protection civile des personnes et des biens contre les conséquences de faits de guerre est du domaine de la Confédération» et de l'autre, l'alinéa 7 du même article dispose que «la loi règle l'emploi des organismes de la protection civile en cas de secours urgents».

Cette seconde norme législative l'emporte sur la première, en tant qu'il s'agit de l'intervention de formations de protection civile en cas de catastrophes non militaires; en pratique, la chose existe depuis longtemps déjà pour les événements d'origine naturelle.

Dans ce domaine en effet, la compétence pour intervenir appartient logiquement aux autorités cantonales et communales. Ce sont elles qui mettent sur pied la protection civile, en cas de besoin. Ce sont elles également qui annoncent aujourd'hui des postulats, issus de leurs rangs, demandant l'élargissement des tâches, que doit assumer la protection civile, pour des interventions en temps de paix. On peut citer à cet égard le postulat Auer (PRD/BL), l'interpellation Bonny (PRD/BE), l'interpellation AdI/PEP, le postulat Braunschweig (PS/ZH) et d'autres encore.

Dans leurs programmes pour les cas d'urgence, les cantons et les communes disposent déjà des divers types de sapeurs-pompiers mais également de la police, des ateliers et des dépôts de maintenance, des services d'urgence et des hôpitaux. En outre, conformément à l'article 4, 3e et 4e alinéas, de la loi sur la protection civile, ils peuvent également mettre sur pied leurs propres organes locaux de protection civile, selon les besoins.

Voilà pourquoi, lorsqu'on se remémore les événements de 1986, on considère immanquablement que certaines parties soigneusement choisies de cette protection civile devraient être organisées en formation de piquet, prêtes à intervenir aussi rapidement que possible. Une telle formation pourrait être composée d'un noyau minimum de personnes rapidement atteignables, qu'il faudrait instruire en conséquence. Devraient y être représentées dans tous les cas des éléments du renseignement et de l'appréciations de la situation, de l'alarme à la population, de la transmission d'information au public, de la protection AC et d'autres encore, quelle que soit la composition de l'organisation «standard» de protection civile du canton ou de la commune.

Une telle solution ne serait en aucune façon contraire à la conclusion proposée par la Conseillère fédérale à la fin de son exposé devant les officiers de Berne, à savoir: «La tâche pour laquelle la protection civile a été créée initialement, reste importante. Elle doit pouvoir être accomplie en tout temps, même si la protection civile était appelée à assumer des missions plus étendues.»

dans différents secteurs. Il s'agit entre autres
- du nouveau système de subventions fédérales en faveur des cantons à faible capacité financière, dont les communes présentent des lacunes dans l'organisation de protection civile;
- de l'amélioration de la situation des cadres par le transfert anticipé et approprié des officiers de l'armée dans la protection civile;
- de la reprise par les femmes d'un plus grand nombre de tâches de la protection civile, etc.

En revanche elle a prévenu son auditoire contre une mise en œuvre de moyens radicaux, comme une révision constitutionnelle, en vue de donner à la protection civile une orientation totalement nouvelle et de la transformer purement et simplement en un corps d'intervention en cas de catastrophe.

Quant à savoir s'il s'impose d'adopter la solution d'une «troupe d'intervention de la protection civile» (avec formation de piquet composée de spécialistes), Madame Kopp pense par contre qu'il convient d'attendre les résultats des recherches et des analyses qui ont été entreprises à cet effet.

Il consigliere federale signora Elisabeth Kopp in merito all'attuale situazione della protezione civile

Pianificazione della protezione in caso di future catastrofi

Istituito un gruppo di lavoro

Il 26 gennaio 1987 il consigliere federale, signora Elisabeth Kopp ha reso noto, parlando davanti alla Società degli ufficiali della città di Berna, che istituirà un gruppo di lavoro per l'esame degli interventi della protezione civile in caso di catastrofi civili. Uno dei compiti preminenti di tale gruppo di lavoro consiste in un'analisi approfondita ed accurata delle premesse a sapere se e in quale forma la protezione civile debba e possa assumere questa nuova funzione.

La signora Kopp affida la direzione del gruppo di lavoro all'avvocato Hans Mumenthaler, direttore dell'Ufficio federale della protezione civile. Faranno inoltre parte di tale commissione quattro consiglieri di Stato, tre rappresentanti di piccoli, medi e grandi comuni, come pure di Uffici federali cointeressati e la segretaria centrale dell'Unione svizzera per la protezione civile.

Le sue osservazioni in merito al tema «Condotta e protezione della popolazione civile nel quadro della difesa integrata», la signora Kopp ha basato sui due avvenimenti Cernobyl e Schweizerhalle che, minaccia divenuta realtà, hanno scosso il nostro Paese.

Dopo un breve accenno al rapporto peritale Muheim sull'esame dell'Ufficio centrale della difesa – che già contiene un catalogo dettagliato delle forme di minaccia e secondo il quale le due importanti catastrofi del 1986 sono evidentemente da attribuire al nuovo gruppo delle «catastrofi civili» – la relatrice ha osservato che il compito della protezione civile non sussiste unicamente nel settore della politica di sicurezza, ma che bensì il compito della protezione civile consiste anche nell'assicurare la sopravvivenza e l'integrità della maggior parte possibile della popolazione, pure nel caso di catastrofi civili.

In considerazione del fatto che in quest'ultimo caso – come pure nelle crisi della politica di sicurezza – il passaggio dal caso normale alla situazione d'eccezione avviene inatteso e repentino, il consigliere federale signora Kopp ritiene che, per l'intervento delle organizzazioni di protezione civile occorra elaborare un dispositivo futuro che tenga conto delle possibilità della protezione civile, ancorate nella legge, e dei mandati che la Costituzione le conferisce.

Vi sono già nell'attuale protezione civile possibilità di miglioramento in diversi settori, così ha rilevato la signora Kopp. Fra le altre:

- il nuovo ordinamento dei sussidi federali ai cantoni finanziariamente deboli, i cui comuni presentano lacune nelle organizzazioni di protezione civile
- miglioramento della posizione dei quadri grazie al passaggio anticipato, voluto, di ufficiali dall'esercito alla protezione civile
- maggiore assunzione di compiti da parte delle donne

ecc.

La signora Kopp ha tuttavia messo in

Rapida protezione in caso di catastrofi

Considerazioni nell'ottica dell'USPC

Da un canto «la legislazione su la protezione civile delle persone e dei beni dalle consequenze delle azioni belliche è di competenza della Confederazione» (art. 22bis cpv. 1 Cost.). – d'altro canto la legge «regge l'impiego degli organi di protezione civile in caso d'urgenza di soccorsi (art. 22 bis cpv. 7 Cost.).

Questa seconda norma costituzionale – sempre nell'ottica del'intervento di formazioni di protezione civile nel caso di catastrofi civili – ha importanza preminente; questo aspetto è già da lungo divenuto prassi nel caso delle calamità naturali. La competenza decisionale a tal proposito spetta logicamente ai cantoni e ai comuni: soni essi che devono, se necessario, provvedere alla chiamata. E ancora da questi ranghi sono avanzati postulati, volti a ottenere l'allargamento dei compiti deferiti alla protezione civile in merito agli interventi in periodo di pace: postulato Auer (PLD/BL), interpellanza Bonny (PLD/BE), interpellanza AdI/PEP, postulato Braunschweig (PSS/ZH) e altri ancora.

Essi – cantoni e comuni – dispongono già nel loro programma per i casi d'urgenza, di diversi tipi di pompieri, poi della polizia, magazzini del materiale, servizio per il caso d'emergenza e ospedali. E poi essi possono, ove sia necessario, secondo l'articolo 4 capoversi 3 e 4 della legge sulla protezione civile, chiamare in servizio la loro protezione civile locale.

Nel ricordo attento degli avvenimenti del 1986, s'impone quindi la conclusione doversi approntare parti accuratamente scelte di tale protezione civile per farne una formazione di picchetto disponibile all'intervento entro tempi brevissimi. Una simile formazione dovrebbe essere costituita da un nucleo indispensabile di persone raggiungibili tempestivamente e che dovranno essere istruite all'uopo. E' assolutamente necessario che vi siano rappresentati, indipendentemente dalla composizione dell'organizzazione «normale» della protezione civile del cantone o del comune gli elementi seguenti: elaborazione delle notizie e valutazione della situazione, trasmissione dell'allarme alla popolazione, informazione del pubblico, protezione AC ed eventuali altri.

Una soluzione del genere non sarebbe per nulla in contrasto con le parole conclusive della relazione della signora Kopp agli ufficiali della città di Berna: «Il compito per il quale la protezione civile è stata creata resta rilevante. Esso deve – anche se nuove incombenze vi si aggiungeranno – restare in ogni momento attuabile.»

guardia dal volere – con mezzi radicali, come ad esempio una revisione costituzionale – imprimere una direzione del tutto nuova alla protezione civile e trasformare la stessa in un corpo puro e semplice da fare intervenire in caso di catastrofe.
Il sapere invece se si imponga la soluzione «Truppe d'intervento della protezione civile» (formazione di picchetto composta di periti ad hoc), ha rilevato la signora Kopp, è oggetto dei chiarimenti e degli esami che sono stati avviati e le cui conclusioni occorre attendere. ush.

Polizeiamt der Stadt Zürich

Der

Chef des Amtes für Zivilschutz und Ortschef der Stadt Zürich

ist tödlich verunfallt. Seine Stelle ist deshalb neu zu besetzen.

Aufgaben:
- Leitung des Amtes für Zivilschutz
- Führung der örtlichen Schutzorganisation
- Rekrutierung und Ausbildung der Zivilschutzangehörigen
- Überwachung der gesamten Zivilschutzmassnahmen in der Stadt Zürich

Anforderungen:
- Integre und initiative Persönlichkeit mit organisatorischem Geschick und ausgeprägten Führungseigenschaften
- Taktvolle Gewandtheit im Umgang mit Privaten, Verwaltungsstellen und militärischen Instanzen
- Berufserfahrung in leitender Stellung
- Armeeoffizier
- Zivilschutzkenntnisse erwünscht

Wir bieten:
- Umfassende Einführung und anspruchsvolle, selbständige Tätigkeit
- Salär im Rahmen der Besoldungsverordnung
- Fortschrittliche Sozialleistungen

Besonderes:
Der Stellenantritt erfolgt nach Übereinkunft. Der Stelleninhaber soll in der Stadt Zürich wohnen oder Wohnsitz nehmen.

Auskunft erteilt der Polizeivorstand der Stadt Zürich, Stadtrat H. Frick, Telefon 01 216 70 10.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis am 31. März 1987 an den Polizeivorstand der Stadt Zürich, Amtshaus 1, Bahnhofquai 3, Postfach 230, 8021 Zürich, zu richten.

Der Polizeivorstand der Stadt Zürich
Stadtrat H. Frick

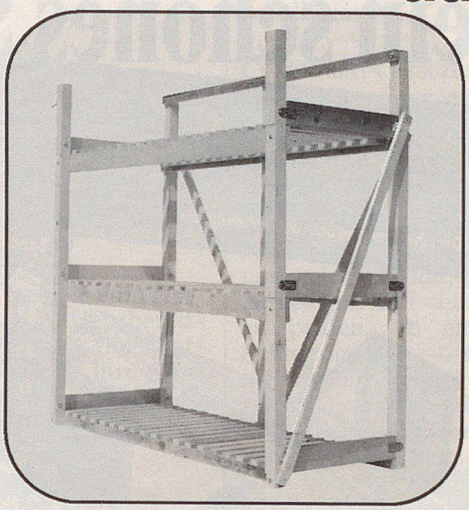
SPONTA SA

Votre partenaire numéro **un** pour la Suisse romande.
Mobilier pour abri ITAP/ITAS,
équipement de poste de commandement.
Devis sans engagement.

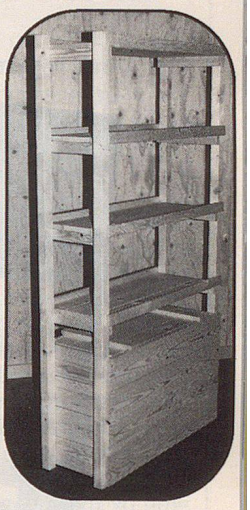
Baconnière 55
Tél. 038 421 431

2017 Boudry
Télex 952 907

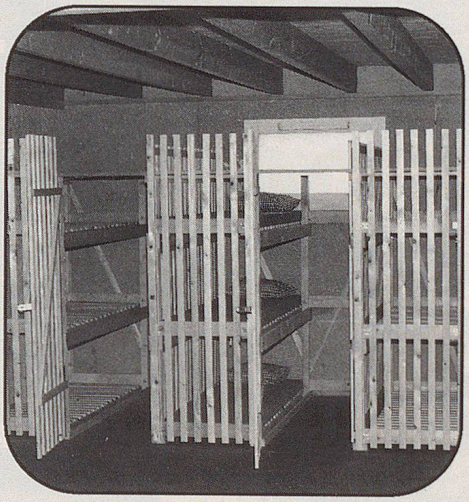
Das schockgeprüfte Schutzraumsystem aus Holz !



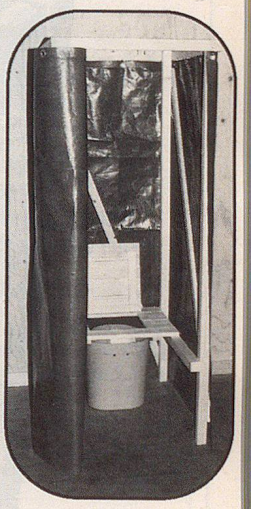
Schutzraumliege BK 86



Regal BK 86



Kellerverschläge aus Schutzraumliegen BK 86



Toilette BK 86

Wenn Sie unser ***schockgeprüftes und subventionsberechtigtes Schutzraumsystem*** *interessiert, rufen Sie uns einfach an oder benutzen Sie den untenstehenden Talon.*

Arnold Blum AG
3145 Niederscherli
Telefon 031 841133

Kistenfabrik Schüpfheim AG
6170 Schüpfheim
Telefon 041 762376

Name

Strasse

PLZ / Ort

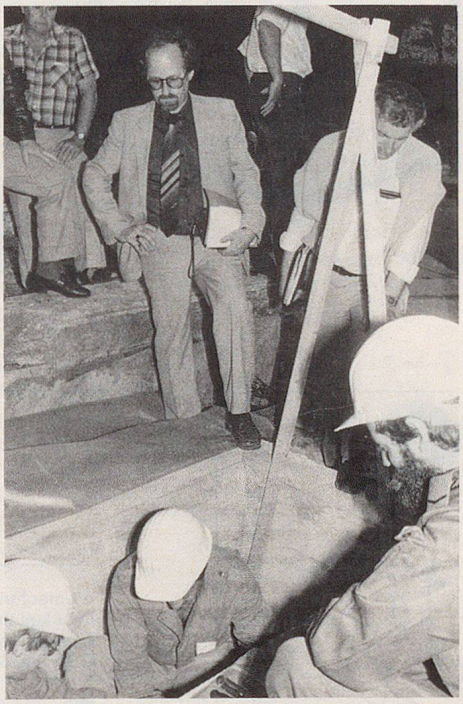
Kanton Zürich hätte Probleme mit grossem Chemieunfall

Zivilschutz für Chemieunfall?

Die Redaktion «Zivilschutz» wollte vom Chef des Amtes für Zivilschutz des Kantons Zürich, Bruno Hersche, wissen, was für ihn und den zürcherischen Zivilschutz die Pressemitteilung bedeutet, wonach der Regierungsrat in seiner Antwort auf eine Interpellation im Kantonsparlament bekannt gibt, dass ein Chemieunfall, wie er sich in Schweizerhalle zugetragen hat, dem Kanton Zürich einige Schwierigkeiten bereiten würde. Man wisse auch gar nicht lückenlos, wo überall chemische Stoffe gelagert würden.

Der Zivilschutzchef hat den Eindruck, dass seit den schwerwiegenden Unfällen von Tschernobyl und Schweizerhalle das Katastrophen-Syndrom immer mehr um sich greift. Es lässt anscheinend viele Leute die Fähigkeit, objektiv zu folgern, und den Massstab für realistische und verhältnismässige Massnahmen verlieren. So tragisch und konsequenzenreich solche Ereignisse sind und so wenig man sie sich herbeiwünscht, wenige positive Seiten sind ihnen dennoch abzugewinnen. Sie wecken das Risikobewusstsein und veranlassen zur Überprüfung getroffener Vorbereitungen, so dass die Wahrscheinlichkeit von Fehlleistungen und Versagen immer mehr reduziert wird. Es ist aber falsch, die erst beste Organisation, die vielleicht einmal bei einer Katastrophe tätig werden könnte, ins Visier zu nehmen und ihr auch dann Ungenügen zu attestieren, wenn sie gar nicht zum Zuge kam oder kommen konnte. Eine derartige Institution, auf die offensichtlich mit Vorliebe gezielt wird, ist der Zivilschutz. Wer minimale Kenntnisse in der Bewältigung ausserordentlicher Ereignisse und der dafür notwendigen Beurteilung der Lage hat, weiss, dass einer der wesentlichen Aspekte die eigenen Mittel und Möglichkeiten sind.

Der Zivilschutz wurde für den Fall bewaffneter Auseinandersetzungen zum Schutz der Bevölkerung geschaffen. Daneben hat er – gemäss Konzeption klar in zweiter Linie – auch Hilfeleistungen bei Katastrophen im Inland zu erbringen. Es wäre tatsächlich unverständlich, dieses wirksame Instrument in solchen Fällen nicht einzusetzen, wenn es darum geht, Gesundheit und Leben von Menschen sowie grosse Sachwerte zu erhalten. Es wäre geradezu fahrlässig und unverantwortlich, würde man aus eingetretenen Unfallerereignissen grösseren Ausmasses nicht Überlegungen zu einem möglichen Einsatz des Zivilschutzes anstellen und überprüfen, ob er bei Ausweitung des Ereignisses hätte bestehen können. Geradezu Pflicht ist es, auch in solchen Fällen eine Beurteilung der Lage vorzunehmen und nach Verbesserungen und Effizienzsteigerung zu suchen für mögliche künftige Einsätze. Solches darf aber nicht geschehen, ohne Auftrag und Randbedingungen klar im Auge zu behalten. Der Auftrag – primär Bevölkerungsschutz und sekundär Katastrophenhilfe – zwingt, Schwerge-



wichte zu setzen. Wo sie zu liegen haben, ist damit deutlich zum Ausdruck gebracht. Randbedingungen können Grenzen setzen. Eine solche ist zum Beispiel das Milizsystem des Zivilschutzes, das bewirkt, dass bis zu einer allfälligen Einsatzbereitschaft aus dem Stand Zeit gebraucht wird. Wollte man hier etwas ändern, muss man sich nur schon der finanziellen Konsequenzen bewusst sein.

Mit diesen Betrachtungen soll die nachfolgende Antwort auf die Frage der Redaktion «Zivilschutz» ins richtige Licht gerückt werden:

1. Eine Feststellung, man wäre auf etwas schlecht vorbereitet, ruft zwingend nach Verbesserungsmöglichkeiten. Ob man es nun gerne hört oder nicht, es gehört auch dazu, dass man sich überlegt, wessen Aufgabe und Verantwortung es ist, allfällige Mängel auszumerzen und in einer Sache tätig zu werden. Probleme mit chemischen Stoffen fallen unter keinem Vorzeichen ins Aufgabengebiet des Zivilschutzes. Dafür ist er weder vorgesehen, ausgerüstet, noch ausgebildet. Hier braucht es Spezialisten. Immerhin völlig gleichgültig darf die Problematik den Zivilschutzverantwortlichen insofern nicht sein, als sie zu Zeiten aktiven Dienstes doch mit solchen Ereignissen konfrontiert werden könnten. Die Vorbereitung in Friedenszeiten gehört aber zum Pflichtenheft anderer Instanzen. Von den Ergebnissen muss dann der Zivilschutz profitieren können und daraus die Konsequenzen für seinen Bereich ziehen.
2. Das Problem beschäftigt mich indessen aus einem zweiten Grund. Als Dienstchef Zivilschutz im kantonalen Führungsstab (ZKF) untersteht mir auch der AC-Schutz und damit der Kantonschemiker als Ressortleiter. Schon vor Tschernobyl habe ich deshalb angekündigt, im Hinblick auf einen Einsatz des ZKF in Friedens- oder Kriegszeiten in nächster Zeit eine Gefahrenkarte für den Kanton Zürich erstellen zu wollen, die in erster Linie die heiklen Orte in Sachen Chemie enthält.
3. Nachdem nun – wie in der Presse verlautete – die zürcherische Regierung mitgeteilt hat, dass sie nach Vorliegen der Untersuchungsergebnisse vom Sandoz-Brand nicht zögern wolle, sich aufdrängende und notwendige Massnahmen zu treffen, gilt es im Augenblick und vorübergehend in diesem Bereich etwas kurz zu treten, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden.

Bruno Hersche
Chef des Amtes für Zivilschutz
des Kantons Zürich